



GEMEINDEAMT PÖRTSCHACH AM WÖRTHER SEE

pol. Bezirk: Klagenfurt-Land

9210 Pörschach am Wörther See, Hauptstraße 153

Tel.: 04272 / 2810; E-Mail: poertschach@ktn.gde.at

www.poertschach.gv.at

Zahl: GR/23

Sachbearbeiter: Ing. Stefan Pinter

Pörschach, am 08.11.2024

NIEDERSCHRIFT - öffentlicher Teil zur 23. Sitzung des Gemeinderates

am Mittwoch, den 02.10.2024
im Lesesaal im Gemeindeamt

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesende Personen:

Bürgermeisterin:

Mag. Silvia Häusl-Benz ÖVP

Gemeinderatsmitglieder:

Birgit Alberer	SPÖ	
Mag. Sebastian Dernoschnig	ÖVP	
Ramona Diexer	ÖVP	krankheitsbedingt bis 19:38 Uhr (TOP 10)
Oliver Faeser	ÖVP	
Mario Gappnig	SPÖ	
Erich Göbel	GRÜNE	
Gabriele Hadl	GRÜNE	
Renate Haider	FPÖ	
Klaus Köfer	ÖVP	
Mst. Christian Kolbitsch	ÖVP	
Harald Josef Korak	FPÖ	ab 17:10 Uhr
Bernhard Lukasser	ÖVP	
Raphael Mack	ÖVP	
Alexander Maier	SPÖ	
Dieter Mikula	FPÖ	
Christoph Neuscheller	ÖVP	
Florian Pacher	FPÖ	
Sabine Scholl	ÖVP	

Ersatz-Gemeinderäte:

Heidi Wieneroither ÖVP statt Ramona Diexer ab 19:54 Uhr (TOP 10)

von der Verwaltung:

Gerald Bettschar

Amtsleiter:

Ing. Stefan Pinter, BSc, MA

Amtsschriftführerin:

Melanie Wigoschnig, BA, MSc

Abwesende Personen:

Vor Behandlung der Tagesordnung wird eine Fragestunde gem. §§ 46-49 K-AGO abgehalten.

GV Pacher vom 31.07.2024 um 12:02 Uhr

Frage 2:

Wann wird der neue Spielplatz am alten Sportplatz fertiggestellt?

Antwort 2:

In den letzten Tagen wurde der neue Spielplatz am alten Sportplatz fertig gestellt. Er muss jetzt ca. 6-8 Wochen gesperrt werden, damit das Gras anwachsen kann und die Wiese richtig genutzt und voll belastet werden darf – anschließend kann der neue Spielplatz zum Spielen freigegeben werden.

Es ist ein weiterer Platz der Begegnung der mitten im Zentrum mit Fördermitteln direkt in der Nähe der Volksschule geschaffen werden konnte. Danke an alle die hier mitgearbeitet haben, vor allem an die Verantwortlichen vor Ort die bei der Auswahl der Geräte mitberaten haben, sowie an unseren Schulwart Wolfgang Krassnig und Bauhofleiter Klaus Pagitz mit seinem Team die bei der Ausführung mit dabei waren.

Zusatzfrage GV Pacher:

Wer hat die Ausführung des Spielplatzes in dieser Form beschlossen?

Antwort:

Die Spielgeräte wurden gemeinsam mit dem BÜM ausgesucht.

GR Göbl vom 31.07.2024 um 13:39 Uhr

GR Göbel bekundet seine Empörung darüber, dass seine 2. Frage aus dem Monat Juli von der Bürgermeisterin zurückgestellt wurde. Daraufhin erteilt die Vorsitzende ihm einen Ruf zur Sache und fordert ihn auf seine 1. Frage aus dem Monat Juli zu verlesen.

Frage 1:

Warum ist immer noch nichts seitens der Gemeinde, der Bürgermeisterin, erfolgt, dass der ordnungswidrige Lichtraumzustand (in die Straße hereinwuchernde und Gehweg verstellende Hecken) in den Gemeindestraßen – speziell 10. Oktoberstraße – endlich beseitigt ist? (Unfallgefahr für Fußgänger und damit ggf. Haftung für die Gemeinde)

Antwort 1:

Es wird laufend daran gearbeitet. Nach Rücksprache mit dem Bauhof werden sämtliche Beleuchtungskörper und Verkehrsschilder bei Gefahr in Verzug umgehend freigeschnitten. Zusätzlich hat die Gemeinde Pörschach auch dieses Jahr wieder eine fachkundige Person beauftragt, dass Verkehrslichtraumprofil und die Verkehrssicherheit wie z.B. Totholz, abgestorbene Bäume etc. zu kontrollieren. Diese Gefahrenstellen werden dann entweder von den Eigentümern oder vom Bauhof abgearbeitet.

Zusatzfrage GV Pacher:

Sind die Kosten, die die für die Beseitigung der Hecke in Form von Arbeitszeit angefallen sind, den jeweiligen Grundstückseigentümern weiterverrechnet worden.

Antwort:

Nicht, wenn Gefahr in Verzug war.

Zusatzfrage GR Göbel:

Was gedenkt die Gemeinde zu tun, um die einzelnen Grundstückseigentümer dazu zu bewegen, die eigene Hecke ordnungsgemäß zu pflegen?

Antwort:

Es ist ständig eine fachkundige Person unterwegs, die sich die Gegebenheiten ansieht. Auch wurden Briefe an die Eigentümer ausgesendet, um sie darauf aufmerksam zu machen, ihren Verpflichtungen dahingehend nachzukommen.

GV Pacher vom 30.08.2024 um 21:06 Uhr

Frage 1:

Die öGIG GmbH bewirbt aktuell den Glasfaser-Ausbau (öFIBER) in Pörschach und verwendet dabei das Gemeindewappen, womit eine offizielle Zusammenarbeit mit der Gemeinde suggeriert wird. Warum wurde der öGIG GmbH die Verwendung des Gemeindewappens gestattet, obwohl ein verbindlicher Letter of Intent zwischen der Gemeinde, der KELAG sowie der BIK geschlossen wurde?

Antwort 1:

Die Verwendung des Gemeindewappens wurde von mir als Bürgermeisterin nicht gestattet. Nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, habe ich mich sofort bei ÖGIG gemeldet und sie darauf hingewiesen, dass sie das Wappen nicht mehr verwenden dürfen. Bei der Einschaltung in der Pörschacher Zeitung war es dann auch nicht mehr bei der Einschaltung dabei.

Zusatzfrage GR Hadl:

Hat die Bürgermeisterin die ÖGIG nach dem Aufmerksam machen von GV Pacher kontaktiert?

Antwort:

Ja, da die Bürgermeisterin dies zuvor nicht gewusst habe.

Frage 2:

Welche Aktivitäten hat die Gemeinde aufgrund des „Leitbilds Verkehr Pörschach 2030“ aus dem Jahr 2018 unternommen?

Antwort 2:

Das Leitbild „Verkehr Pörschach 2030“ wird laufend in Überlegungen miteinbezogen. Letztens wurde es auch den Planern für unser neues OEK übermittelt.

Wie daraus ersichtlich wurde 2018 besprochen, dass das Mobilitätssystem der Gemeinde Pörschach laut diesem Leitbild für die zukünftigen Entwicklungen fit zu machen ist. Es wurde auf die Emissionsbelastungen durch Lärm, Feinstaub und Luftverschmutzungen eingegangen. Themen, die uns in den letzten Jahren sehr intensiv beschäftigt haben und einiges davon konnten wir auch schon gemeinsam mit Unterstützern umsetzen, wie z.B. die Unterführung der Leonstein Eisenbahnkreuzung im Westen von Pörschach. Weiters wurde der Lärmschutzfond entlang der Bahnstrecke beschlossen. Es gab auch laufend Verbesserungen aufgrund von Veränderungen bei der S-Bahn und Busanbindung wie z.B. die Umstellung, dass das BRG Viktring direkt angefahren wird und die S-Bahn ausgebaut wurde, sowie die Errichtung eines barrierefreien Bahnhofes.

Weiters wird heute ein Beschlussvorschlag dem Gemeinderat vorgelegt – eine weitere Petition betreffend die Autobahn an den NR, Landtag und an die Asfinag zu übermitteln. Hier wurde schon viel getan. So wurde am 10.4.2014 hat Herbert Gaggl die erste Petition im Landtag eingebracht, welche am 25.6.2015 einstimmig beschlossen wurde und die zweite Petition am 26.11.2020 eingebracht, welche am 16.12.2021 im Landtag einstimmig beschlossen wurde. Es wurden auf der A2 Messungen durchgeführt – erstmals von Dr Holub und weiters von der Asfinag.

Laut dem Leitbild sollen durchgängige Netze für den Rad- und Fußverkehr geschaffen werden. Hier liegt z.B. eine grobe Radwegplanung nach Moosburg schon im Amt auf, jedoch müssen noch intern Lösungen gefunden werden, bevor wir es in einem Ausschuss beraten können. Mit Leihfahrrädern, Scooter und dem Avant 2go Projekt konnten wir die Mobilität im Ort garantiert. Es wurden nach dem Umbau des Bahnhofs Fahrradboxen der ÖBB zur Verfügung gestellt. Neue Möglichkeiten der Verkehrsorganisation, wie z.B. Begegnungszonen und Fahrradstraßen wurden im Ausschuss beraten. Es gab Gespräche mit DI Klaus Robatsch vom KfV und er hat auch den Ausschuss dazu beraten sowie Messungen entlang der Hauptstraße durch das Kuratorium durchgeführt. In Pörschach ist es auch seit heuer möglich ein Taxi über Uber zu bestellen

Die Strecke des selbstfahrenden Busses wurde ausgeweitet. Es gab weiters Verkehrszählungen, sowie Markierungen auf den Straßen. Hier kann ich die Markierungen vor dem Kindergarten, oder im Kreuzungspunkt Moosburgerstraße vor der Unterführung wurde optimiert sowie die Pictogramme auf der Hauptstraße und im Sallacher Bad. Zur Sicherheit der Radfahrer wurde vor dem Schloss Leonstain eine Abgrenzung gebaut.

Bei der Veränderung der Behindertenparkplätze wurde die ÖZV einbezogen. Es gab einen Sensibilisierungsworkshop, wo noch einmal auch die Barrierefreiheit im Ort beleuchtet worden ist. Weiters wird heute ein Beschlussvorschlag vorgelegt, dass 7 weitere Behindertenparkplätze am Whalissparkplatz errichtet werden sollen.

Es gab Unterstützungen durch KEM-Managerin, wie z.B. laufende Beratungen betreffend Umstellung des Fuhrparks am Bauhof und Probetrieb von E-Mobilität. Es wurden E-Ladestationen für Autos und Fahrräder errichtet. Und auch zwei Self- Servicestationen für Radfahrer im Osten und Westen der Gemeinde.

Das Leitbild wird der Niederschrift als Anlage beigelegt. (Anlage 1)

GR Korak nimmt ab 17.10 an der Sitzung teil.

Zusatzfrage GR Hadl:

Was ist der Unterschied zwischen Uber und GoMobil, da ersteres sehr lobend erwähnt wurde?

Antwort:

Dies war nicht als Wertung zu verstehen. Ich habe dies nur erwähnt, da es ganz neu ist und es mir gezeigt wurde.

Zusatzfrage GV Pacher:

Welche Gremien haben das verkehrspolitische Leitbild beschlossen?

Antwort:

Ad hoc kann ich diese Frage nicht beantworten, da hierfür ein Blick in die Unterlagen notwendig wäre.

GR Göbl vom 31.08.2024 um 22:02 Uhr

Frage 1:

Wie viele der geplanten Wohn-Quadratmeter im Wohnareal Seeuferstrasse (VKS u KFW zusammen) sind letztlich Mietwohnungen (nicht Mietkauf)?

Antwort 1:

Nach Rücksprache mit der VKS kann ich dazu folgendes beantworten. Auf dem VKS-Grund sind 100% der geplanten Wohnm² Mietwohnungen – insgesamt sind es derzeit 1987,04 m² welche eingereicht worden sind, zuzüglich 332,82 m² ist derzeit für die KITA geplant . Laut Baubeschreibung wird von 30 Mietwohnungen gesprochen. Von dem KFW-Grund sind noch keine Bauunterlagen vorhanden. Dort sollen ca. 24 Eigentumswohnungen und ca. 6 Mietkaufwohnungen laut KFW entstehen. Es sind hier keine Mietwohnungen geplant.

Zusatzfrage GV Pacher:

Wissen wir schon, wenn die Kita kommt, wie viel uns die Miete monatlich kosten wird?

Antwort:

Dem Vorstand wurde ein Vorschlag unterbreitet, dies werde sie jedoch im öffentlichen Rahmen noch nicht präsentiert, da dies noch nicht endverhandelt ist.

Frage 2:

Für wie viele der geplanten Wohn-Quadratmeter im Wohnareal Seeuferstrasse (VKS) hat die Gemeinde ein Belegungsrecht?

Antwort 2:

Laut Rücksprache mit VKS hat die Gemeinde für alle Mietwohnungen und somit für 1987,04m² ein Belegungsrecht.

Zusatzfrage GV Pacher:

Nach welchen Kriterien werden die Wohnungen dort vergeben?

Antwort:

Das kann jetzt noch nicht gesagt werden. Sobald die Wohnbeschreibung vorliegt, kann hier weiter vorgegangen werden. Es ist auch zu klären, wie viele Interessenten sind etc.

Nachdem GR Göbel Anschuldigungen in mehrere Richtungen äußert, erteilt die Vorsitzende ihm sowohl einen Ruf zur Sache als auch einen Ruf zur Ordnung.

Zusatzfrage GR Göbel:

Hat die Gemeinde doch nicht das volle Belegungsrecht, wenn die VKS noch Kriterien hat?

Antwort:

Nein das war damit nicht zu verstehen aber gilt es hierbei gesetzliche Rahmenbedingungen einzuhalten sind.

GV Pacher vom 25.09.2024 um 18:02 Uhr

Frage 1:

Die Grünanlagenverordnung ist seit 01.01.2024 in Kraft. Was waren die gemeindeseitigen Erkenntnisse in der ersten Sommersaison im Zusammenhang mit dieser Verordnung?

Antwort 1:

Danke für die Hinweise. Es ist schon geplant die Grünanlagenverordnung zu evaluieren, aufgrund der Beschwerden im Sommer.

Zusatzfrage GV Pacher:

Was war das Resultat – gab es Kontrollen oder ist der Zustand weitergeführt worden?

Antwort:

Mit Verweis auf die Ortspolizei gibt die Bürgermeisterin an, im Ausschuss die Zeit hierzu zu investieren, um feststellen zu können wie die Kontrolle dahingehend stattfinden kann.

Frage 2:

Bekanntlich müssen Antragsteller dem Gemeinderat eine Begründung für die begehrten Umwidmungen vorlegen. Was war die genaue Begründung für die Umwidmung „Zl. 2/2015 Gst.Nr. 249/1, 248, KG Sallach von Grünland-für die Land- und Forstwirtschaft bestimmt Fläche in Bauland-Wohngebiet“, welche am 21.04.2016 beschlossen wurde?

Antwort 2:

Begründung der Umwidmung war die Verdichtung eines bestehenden Siedlungsansatzes.

Zusatzfrage GV Pacher:

War dies die Begründung des Antragstellers oder die der Bürgermeisterin?

Antwort:

Dies steht im Akt.

GR Mikula vom 25.09.2024 um 21:37 Uhr

Frage 1:

Am 27.April 2022 hat der Gemeinderat aufgrund eines Antrages der FPÖ die jährliche Durchführung einer Rad-Service-Aktion im Frühjahr beschlossen. Warum fand heuer im Frühjahr 2024 keine solche Rad-Service-Aktion statt??

Antwort 1:

Es war geplant, dass wieder mit der einheimischen Firma ein Radservice angeboten wird. Im E-Mail-Verlauf ist ersichtlich, dass am 10.01. von der Gemeinde erstmals gefragt wurde, ob er das Rad-Service am 27.04. durchführen könne. Trotz zweimaligen Bittens um einen Kostenvoranschlag (19.01 sowie 29.02.) hat die Gemeinde keine Rückmeldung mehr erhalten.

Dieses Jahr gab es die Möglichkeit beim Wörthersee Autofrei am 28. April am Monte Carlo Platz ein Radservice in Anspruch zu nehmen.

Frage 2:

Bezugnehmend auf die Wohnungsvergabe in der Gemeinde Pörschach möchte ich folgendes wissen: Wer hat das Dokument mit dem Titel "Punktesystem Wohnungsvergabe", welches die konkrete Zuordnung der jeweils zu erreichenden Punkte beinhaltet, erstellt??

Antwort 2:

Dieses System wurde unter der alten Amtsleitung entwickelt und fortgesetzt.

Zusatzfrage GR Mikula:

Wieso geben Gemeindemitarbeiter an Wohnungsbewerber die Auskunft, dass dieses System von GV Pacher erfunden wurde?

Antwort:

Ich habe derartiges nie gesagt.

GR Hadl vom 25.09.2024 um 22:57 Uhr

Frage 1:

Es gibt seit Jahren Beschwerden über die Wohnungsvergabe. Eine Bürgerin beschwerte sich in den letzten Monaten besonders vehement, zuletzt am 25.9. um 11:00. Wie hat die Bürgermeisterin darauf reagiert?

Antwort 1:

Ich habe sie noch am gleichen Tag angerufen und darüber mit ihr darüber gesprochen.

GR Diexer verlässt die Sitzung von 17.48 bis 17.50.

Zusatzfrage GV Pacher:

Wie wurde auf die 1. E-Mail gemeindeseitig reagiert?

Antwort:

Ad hoc kann ich dahingehend keine Antwort geben, da dies nicht mich als Person sondern andere betrifft.

Zusatzfrage GR Hadl:

Welche Maßnahmen sind geplant, um hier für mehr Transparenz zu sorgen?

Antwort:

Die Wohnungsvergabe, war bereits unter früheren Bürgermeistern auch ein schwieriges Thema. Es stehen nicht so viele Wohnungen zur Verfügung. Das Kontingent wird mit den Wohnungen der VKS sicherlich erhöht werden. Aktuell ist es so transparent wie möglich.

Frage 2:

Im Dez. 2021 genehmigte der GR hastig das Wohnareal Seeuferstrasse - es werde dringend gebraucht inkl. KiTa. Drei Jahre später ist noch nichts zu sehen. Wie genau ist der Zeitplan für beide Teile (Mietkauf und Eigentumswohnungen)?

Antwort 2:

Eine seriöse Auskunft über den Zeitplan kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erteilt werden da dies von mehreren Faktoren abhängt.

Zusatzfrage GR Hadl:

Betraff die Verhandlung nur die VKS und ist für die KFW eine extra Verhandlung notwendig.

Antwort:

Es gab noch keine Baueinreichung für die KFW.

GV Pacher meldet sich und möchte eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung abgeben. Dies wird ihm durch die Vorsitzende mit dem Verweis, dass es keine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung in der Fragestunde gäbe, verwehrt.

Nach Abschluss der Fragestunde und vor Eingang in die Tagesordnung unterbricht die Vorsitzende die Sitzung von 17.45 bis 18.01.

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes
3. Antrag an den Gemeinderat - 1. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2024
4. Antrag an den Gemeinderat - Beauftragung Straßensanierung BA 11 Winklenerstraße
5. Antrag an den Gemeinderat - Ankauf Kommunalfahrzeug-Traktors inkl. Frontlader
6. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung Stellenplan 2025
7. Antrag an den Gemeinderat - Verlängerung der Bebauungsverpflichtung zu Gst.Nr. 282/4, KG 72164
8. Antrag an den Gemeinderat - Breitbandausbau Pörschach
9. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung Verordnung Behindertenparkplätze 2024_2
10. Selbstständiger Antrag der GRÜNEN vom 03.07.2024 - Einspruch gegen einen positiven Bescheid am Buberlemoos

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Raumplanung, Bau und Lärmschutz
11. Antrag an den Gemeinderat - Erneuerung Beleuchtungsanlage Seeufer- und Klagenfurterstraße
12. Antrag an den Gemeinderat - Beauftragung der Sanierung BA 12 Wasserleitung Annastraße
13. Antrag an den Gemeinderat - Petition "Zeitgemäßer Immissionsschutz an der Wörthersee-Autobahn"
14. Antrag an den Gemeinderat - Anregung Änderung Flächenwidmungsplan Nr. 08/2023 - Marktplatz, Gst.Nr. 921/2, KG 72152
15. Antrag an den Gemeinderat - Anregung Änderung Flächenwidmungsplan Nr. 16/2023 - Vorplatz Kirche, Gst.Nr. 14/6 und 1/2, KG 72152
16. Antrag an den Gemeinderat - Anregung Änderung Flächenwidmungsplan Nr. 17/2023 - Bahnhofstraße, Gst.Nr. 1225, KG 72152
17. Antrag an den Gemeinderat - Übernahme einer Teilfläche in das öffentliche Gut zum Gemeingebrauch Nr. 654/3, KG 72152

18. Antrag an den Gemeinderat - Grenzbereinigung von öffentlichem Gut zum Grundstück des Herrn Dr. Reichenauer Lindenhofweg - Abänderung
19. Selbstständiger Antrag der GRÜNEN vom 21.06.2022 - Verkehrsberuhigung Hauptstrasse
20. Selbstständiger Antrag der SPÖ vom 24.04.2024 - Umwidmung Marktplatz
21. Selbstständiger Antrag der GRÜNEN vom 03.07.2024 - Neue Umwidmungen nur mit neuem ÖEK

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt
22. Antrag an den Gemeinderat - "Feinstaubbelastung durch Bremsgeruch der ÖBB" - Aufforderung an die Gesundheitsbehörde zum Schutz der Anrainer ein Umweltmedizinisches GA durchzuführen
23. Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 08.11.2023 - Gebühren-Reduktion bei Biomüll
24. Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 24.04.2024 - Sammelpunkt für gelbe Säcke am Bauhof

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport
25. Antrag an den Gemeinderat - Sportlerehrungen 2023
26. Allfälliges
27. Bericht Bürgermeisterin
28. Anfragen und Anträge

Verlauf der Sitzung

I. Öffentlicher Teil der Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die GemeinderätInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiters berichtet sie, dass die Einladung ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der K-AGO kundgemacht wurde.

2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO

Die Vorsitzende stellt den Antrag, die Mitglieder GR Haider und GR Mack gemäß § 45 Abs. 4 K-AGO für die Unterfertigung zu bestellen.

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung, um sein Empören darüber kundzumachen, dass seine und die Fragen andere GR-Mitglieder nicht aufgerufen wurden.

GR Hadl stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und kritisiert auch sie, dass kurzfristige Zurückweisung ihrer Fragen. Daraufhin überreicht GR Hadl der Vorsitzenden die

zurückgewiesenen Fragen und ersucht sie die Vorsitzende um schriftliche Beantwortung dieser.

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes

3. Antrag an den Gemeinderat - 1. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2024

Sachverhalt:

Der 1. Nachtragsvoranschlag 2024 musste erstellt werden, da sich wesentliche Veränderungen im Voranschlag ergeben haben, welche auch in der textlichen Erläuterung aufgelistet wurden.

Die Kundmachung des Entwurfes des 1. Nachtragsvoranschlages 2024 erfolgte am 23.09.2024 und wurde allen Gemeinderäten per Mail zugestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Hrn. Bettschar für seine Arbeit und übergibt die Vorsitzende ihm sodann das Wort und beschreibt dieser anschließend die Eckdaten des Nachtragsvoranschlages und gibt er an, dass die Überprüfung der Revision am 16.09.2024 erfolgte und ein Testat ausgestellt wurde.

Zu den wesentlichen Ausführungen von FV Bettschar zählen nachfolgende Punkte:

- Bei der Ergebnisrechnung kann von einem positives Ergebnis bei Saldo 0 in der Höhe von € 392.000,-- ausgegangen werden. Nach Rücklagenzuführung und -entnahme ist ein positives Nettoergebnis nach Zuwendung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen in der Höhe von € 428.200,-- in der Ergebnisrechnung auszuweisen. Die Finanzierungsrechnung ergibt einen operativen positiven Geldfluss Saldo 1 in der Höhe von € 673.700,--. Betreffend der investiven Gebahrung kann gesagt werden, dass Investitionen in Höhe von € 988.700,-- und in der Finanzierungstätigkeit sind Darlehen in der Höhe von € 349.500,-- zurückbezahlt worden. Daraus ergibt sich wiederum ein positiver Saldo 5 in Höhe von € 75.800,--.
- In Kärnten ist es üblich Nebenaufzeichnung zu führen, bei denen die Betriebe herausgerechnet werden. Dies bedeutet, dass die einzelnen Gebührenhaushalte betrachtet werden. Wenn die Gebührenhaushalte Gewinne erzielen, müssen Rücklagen gebildet und zugeführt werden. Begutachtet man nun die Rückführungen der Rücklagen auf die Sparbücher und die ungedeckten Investitionen, ergibt sich ein negativer Saldo € 309.900,--. Das bedeutet, dass die Liquidität abfließt. Die Gemeinde hat einen Abgang von € 300.000,--. Problematisch sind die Umlagenzahlungen, welche sich in den letzten Jahren negativ entwickelt haben. Bis 2022 konnten mehr Einnahmen gegenüber dem Vorjahr lukriert werden, was sich aber ab dem Jahr 2023 gedreht hat.
- Es wurden Projekte umgesetzt, die ohne Sonderzuschüsse des Landes Kärnten nicht umsetzbar gewesen wären. Trotz dieser Zuschüsse war es nicht möglich die hoheitliche Finanzspitze ins positive zu drehen.
- Es fand eine Richtigstellung bei der Auszahlung der Löhne in Höhe von rund - € 162.000,-- statt. Die Verwaltungsgemeinschaft wurde aufgelöst und wird nun die Grundsteuer von der Gemeinde selbst vorgeschrieben. Im Zuge dessen erhielt die Gemeinde € 104.000,--. Für den Umbau der GTS 3 wurde weniger ausgegeben – es gab eine Reduktion in Höhe von € 20.000,--. Verschiedene Projekte sind verschoben worden, wie beispielsweise die Winklernerstraße auch der Vorplatz Kirche.
- Einnahmen, die nun neu dazugekommen sind Strafen in Höhe von rund € 44.000,--, 10% Refundierung der Landesumlage in Höhe von € 43.300,--. Es gab auch Finanzzuweisungen laut dem FAG, welche der Gemeinde in Höhe von rund €

100.000 zugekommen sind zuzüglich € 100.000,-- Sonderzuschüsse des Landes Kärnten.

- Heuer sind noch nicht die € 561.000,-- geflossen, die der Gemeinde als Energiebonus für die Volksschule zugesagt wurde. Laut Hrn. Kopeinig werde dies erst 2025/2026 fließen, was durch ein 2-jähriges Monitoring begründet wird.

GR Haider gibt nachfolgende Punkte an:

- Lobt die Arbeit von Hrn. Bettschar
- Projekte von heuer wurden in zukünftige Jahre verschoben z.B. die Winklernerstraße wird ins nächste Jahr verschoben und ist somit das Ergebnis besser.
- Die Begründung von Hrn. Kopeinig ist für sie nicht nachzuvollziehen, da ihres Wissens der Beobachtungszeitraum betreffend der Förderung in Höhe von € 561.000,-- ein Jahr beträgt und müsste dies nun anscheinend schon abgeschlossen sein. Manche Sachen in der Volksschule hätten besser laufen können.
- Sie bemängelt, dass kurz vor dem Voranschlag der NTVA gemacht werden musste. GR Haider sieht dies als überflüssig.
- Einige Konten weisen Überschreitungen auf wie z.B. das Konto für das OEK weist eine Überschreitung in Höhe von € 32.000,-- und bittet sie FV Bettschar um seine dahingehenden Ausführungen. FV Bettschar gibt an, dass für das Konto € 32.000 nachbudgetiert wurden. Es gibt einen Gemeinderatsbeschluss, welcher besagt, dass wir diese Rückzahlungen für die Ortsentwicklung weiterleiten müssen. Dieses Konto wird auch für Flächenwidmungen von Bauwerbern verwendet, die dann weiterverrechnet werden. Ein Teil davon bekommt die Gemeinde zurück. Dies ist auch auf dem dazugehörigen Einnahmenkonto ersichtlich.
- Eine intensivere Betrachtung beim VA ist aus ihrer Sicht notwendig.

GR Göbel gibt nachfolgende Punkte an:

- Von 2020 bis dato ist ein Haushaltsplus von 30% und bei den Finanzausweisungen ein Plus von 40% ausgewiesen. GR Göbel erkundigt sich, wie sich der Unterschied erklären lässt. Daraufhin erwidert FV Bettschar, dass die Gemeinde 30% mehr gezahlt hätte.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden 1. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2024 zu.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl,

Gegenstimme(n) (5)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Enthaltung(en) (1)

Renate Haider

4. Antrag an den Gemeinderat - Beauftragung Straßensanierung BA 11 Winklenerstraße

Sachverhalt:

In der 7.GR-Sitzung am 09.02.2022 wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beschließt die Reihenfolge der zu sanierenden Straßenabschnitte wie folgt:

1) Pritschitzer Weg

2) Bogenweg

3) Winklenerstraße

vorbehaltlich einer finanziellen Bedeckung.

Nach mehrjähriger Pause ist es nun wieder beabsichtigt im Jahr 2024 einen Gemeindestraßenabschnitt zu sanieren.

Ziel ist es ca. 400 m Asphaltfläche, Wasserversorgung, Schmutzwasserkanal, Oberflächenentwässerung und Beleuchtung der Winklenerstraße Ost 2024 zu sanieren.

Ein entsprechender Antrag zur Genehmigung des Finanzierungsplanes wurde bereits an die Aufsichtsbehörde übermittelt und liegt bereits eine schriftliche Zustimmung vor.

Die Gesamtkostenschätzung von rund € 510.000, -- werden über den allgemeinen Haushalt, KIP-Mittel, Darlehen Land Kärnten, KPC-Förderung, Gebührenbremse, Rücklagen Straße und inneres Darlehen Kanal finanziert. Sämtliche Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgung und Kanal werden ohne USt berechnet.

Mit GV-Beschluss vom 29.07.2024 wurde das bewährte Ziviltechnikerbüro OK ZT-GmbH für die Generalplanung beauftragt.

Mit 14.08.2024 wurde die Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung in ÄNKO veröffentlicht und erfolgte am 05.09.2024 um 10:00 Uhr die gemeinsame Angebotsöffnung im Gemeindeamt.

Von den 4 Angeboten wurde nach einer Prüfung und Nachverhandlung durch das Ziviltechnikerbüro OK ZT-GmbH folgende Vergabeempfehlung ausgesprochen:

Granit Bau Gesellschaft m. b. H.
Stichweg 3
9400 Wolfsberg

mit einem Gesamtnettopreis von € 357.775,35 gemäß dem Angebot vom 05.09.2024.

Ein vorläufiger Finanzierungsplan wurde dem Revisor bereits vorgelegt und erfolgte eine positive Rückmeldung. Der finale Finanzierungsantrag wird nach dem Gemeinderatsbeschluss der Gemeindeaufsicht zur Genehmigung vorgelegt.

GR Hadl bittet darum das Vergabeverfahren genauer zu erklären. Daraufhin erteilt die Vorsitzende AL Pinter das Wort. AL Pinter gibt an, dass mit Beschluss des Gemeindevorstandes vor einigen Wochen ein Ziviltechniker als Generalplaner beauftragt wurde. Über ihn wurde die Vergabe durchgeführt. Im Zuge dessen haben sich hierzu vier Firmen beworben. Die Bewerbungen wurden gemeinsam geöffnet und die Firma Granit Bau GesmbH hat dabei am besten abgeschnitten.

Vzbgm Köfer erklärt, dass die Gemeinde über 40 km Straßennetz in Pörschach verfügt. Der Grund weshalb nun die Winklenerstraße zuerst saniert wird, ist jener, dass dort eine Hauptwasserleitung liegt, die mitsaniert werden würde. Es wurden verschiedene Straßen in diesem Zusammenhang besprochen aber aufgrund der Mitsanierung der Wasserleitung, können dementsprechende Förderungen in Anspruch genommen werden.

GR Korak berichtet, dass die Wassermeister der Gemeinde Pörschach dazu beauftragt wurden, zu eruieren, welche Leitungen in Pörschach die gefährdetsten Leitungen sind. Er

befürchtet, dass die Gemeinde mit enorm negativen Aspekten konfrontiert werden würde, sofern nicht diese Hauptwasserleistung saniert wird. Es ist das Anliegen der Wassermeister, diese Leitung zuerst zu sanieren.

GR Hadl bedankt sich für die Informationen.

GV Pacher würde es befürworten, wenn derartige Thematiken im zuständigen Gremium besprochen werden. Er stellt jedoch aufgrund der Notwendigkeit seine Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht.

GR Göbel beanstandet die Unterlagen in Session.

GV Gappnig sieht hier die überfraktionellen Erklärungen als sehr zielführend. Er empfindet es als sehr wichtig, dass die Winklernerstraße zuerst saniert wird.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt dem Finanzierungsplan für die Sanierung der Winklernerstraße zu. Die Finanzierung erfolgt mit € 6.500,-- netto über den Gebührenhaushalt Abwasserentsorgung, € 240.300,-- netto über den Gebührenhaushalt Wasserversorgung und € 262.800,-- brutto über den allgemeinen Haushalt. Zudem wird die Firma Granit Bau Gesellschaft m. b. H. gemäß Vergabevorschlag als Generalplaner für die Sanierung der Winklernerstraße in Höhe von max. € 358.000,-- netto beauftragt.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl,

Gegenstimme(n) (1)

Erich Göbel,

5. Antrag an den Gemeinderat - Ankauf Kommunalfahrzeug-Traktors inkl. Frontlader

Sachverhalt:

Da die Instandhaltung des aktuellen Kommunaltraktors Fendt 209 Vario mit Hauer FL, Kommunalausführung, Baujahr 2010, langfristig nicht mehr rentabel wäre, wurde am 13.09.2024 eine Direktvergabe mit Bekanntmachung auf ANKÖ veröffentlicht. Das Leistungsverzeichnis befindet sich im Anhang.

Innerhalb der Abgabefrist wurden 3 Angebote inkl. Eintausch des aktuellen Fahrzeuges vorgelegt:

- Firma Stumpf (Modell Fendt 312) um € 148.940,-- brutto, Abzüglich Eintausch € 28.800,-- = Gesamtkosten € 120.141,--;
- Firma Lindner Traktorenwerk (Lindner) um € 156.000,-- brutto, Abzüglich Eintausch € 45.000,-- = Gesamtkosten € 111.000,--;
- Firma Zankl (Modell Steyr) um € 140.000,-- brutto, Abzüglich Eintausch € 39.000,-- = Gesamtkosten € 101.000,--;

Die Vergabeempfehlung des Bauhofleiters und des Leiters Infrastruktur beläuft sich nicht nur auf den Bestbieter, sondern auch auf den Billigstbieter - Nr. 3. Firma Zankl.

Bei allen Modellen wird zusätzlich ein Seitenschneepflug benötigt. Dieser beläuft sich auf € 17.400,-- brutto (Angebot Firma Spinger).

Für das Angebot der Firma Stumpf und Zankl wurde inkl. Eintausch und Seitenschneepflug eine unabhängige Finanzierungsrechnung erstellt.

Bei einer Laufzeit von 60 Monaten und ohne Restwert, beläuft sich die monatliche Leasingrate beim Angebot der Firma Stumpf auf € 2.495,91 brutto (Easyleasing) und bei der Firma Zankl auf € 2.192,77 (Easyleasing).

Die monatliche Rate wurde bereits im 1.NVA 2024 berücksichtigt. Ein Antrag um aufsichtsbehördliche Genehmigung gemäß § 104 Abs. 1 lit. a K-AGO für die Inanspruchnahme des Finanzierungsleasing kann erst mittels Gemeinderatsbeschluss und unterschriebenen Leasingvertrag erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt dem Ankauf eines Kommunaltraktors entsprechend dem Angebot der Firma Zankl (Steyr 4110 Expert CVT), sowie eines Seitenschneepfluges der Firma Springer im Gesamtwert von € 159.680, -- brutto zu. Für die Finanzierung wird der Eintauschwert des aktuellen Traktors Fendt 209 Vario mit Hauer FL, Kommunalausführung, Baujahr 2010, in Höhe von € 39.000, -- herangezogen. Die monatliche Leasingrate (60 Monate ohne Restwert) beläuft sich auf € 2.192,77 (Easyleasing).

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl,

6. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung Stellenplan 2025

Sachverhalt:

Der Entwurf der Verordnung zum Stellenplan 2025 wurde in Zusammenarbeit mit dem GSZ und dem Gemeinderevisor erstellt.

Die Vorlage des Entwurfes an das Amt der Kärntner Landesregierung über das elektronische Amtsblatt erfolgte am 13.09.2024.

Die schriftliche Genehmigung zum vorliegenden Stellenplan 2025 durch die Aufsichtsbehörde erfolgte am 25.09.2024.

Folgende Veränderungen haben sich zwischen der Verordnung „Stellenplan 2024“ vom 13.12.2023, Zahl: 010-5/2023-1 und dem Entwurf der Verordnung „Stellenplan 2025“, Zahl: 010-3/2024-1 ergeben:

Planstelle Nummer 13 wird von SW 30 auf 33 aufgewertet.

Fachliche Begründung: abgeschlossene Standesbeamtenprüfung und der zukünftigen selbstständigen Tätigkeit in diesem Bereich (Trauungen, sowie auch die Vor- u. Nachbereitungen im Bereich Personenstandswesen, Namensrecht, Staatsbürgerschaftswesen, Beurkundungen);

Anteilige Umlegung von Stellenwertpunkten von Bediensteten des Zentralamts auf andere Verwaltungszweige (insbesondere Gebührenhaushalte).

Fachliche Begründung: Darstellung des tatsächlichen Arbeitsaufwandes der Mitarbeiter des Zentralamtes für die einzelnen Haushalte für eine nachvollziehbare interne Verrechnung.

Planstelle Nummer 1: 5 % Promenadenbad, 10 % für Wasser, Kanal und Müll zusammen = in Summe 15 %; 66 Punkte minus 15 % = 56,10 anteilige Punkte fürs Zentralamt

Planstelle Nummer 4: jeweils 5 % Wasser, Kanal und Müll und 5 % Promenadenbad = in Summe 20 %; 45 Punkte minus 20 % = 36 anteilige Punkte fürs Zentralamt

Planstelle Nummer 5: jeweils 15 % Wasser, Kanal und Müll = in Summe 45 %; 36 Punkte minus 45 % = 19,80 anteilige Punkte fürs Zentralamt

Planstelle Nummer 6: 20 % Kanal und 20% Wasser = in Summe 40 %; 36 Punkte minus 40 % = 21,60 anteilige Punkte fürs Zentralamt

Planstelle Nummer 8: 50% Kanal fallen weg = somit 100 % Zentralamt; 36 Punkte fürs Zentralamt

Planstelle Nummer 10: 30 % WIHOF, 20 % Wasser, 20 % Kanal, 5 % Promenadenbad = in Summe 75%; 42 Punkte minus 75 % = 10,50 anteilige Punkte fürs Zentralamt

GR Göbel bittet zukünftig die angeführten Stellen im Stellenplan mit den entsprechenden Entgelten anzugeben. Da dies im vorliegenden Stellenplan nicht erfolgt ist, wird er dem auch nicht zustimmen. Die Vorsitzende stellt in Aussicht, dass AL Pinter sich hierzu Informationen einholen werde, ob dies grundsätzlich möglich wäre.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Verordnung „Stellenplan 2025“ Zahl: 010-3/2024-1 zu.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl,

Gegenstimme(n) (2)

Erich Göbel, Gabriele Hadl,

GR Göbel gibt nachfolgendes Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Ich kann zu den einzelnen Punkten keine Zahlen hinterlegen. Deshalb kann ich dem nicht zustimmen.“

7. Antrag an den Gemeinderat - Verlängerung der Bebauungsverpflichtung zu Gst.Nr. 282/4, KG 72164

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 28.05.2024 ersucht Herr Thomas Kohlweiss für seine Wegparzelle 282/4, KG Sallach um Verlängerung der Bebauungsverpflichtung von 01.06.2024 auf 15.05.2025 mit folgender Begründung:

Anbei möchte ich Ihnen/euch mitteilen, dass der genehmigte Weg (Straßenprojekt Kohlweiss-Brockweg /Teilerschließung) Bescheid vom 07.11.2016 Zahl 153-95/2016 bis auf die letzte Asphalt-Schicht per 13.05.2024 fertiggestellt wurde.

Die Arbeiten wurden von der Firma Kogelnig lt. Bescheid bzw. Kontrolle durch Oberessl & Kantz durchgeführt. (Arbeitsumfang: Wegbau, Wasserleitung, Wegdrainage, Servitutsumkehr) Durch den Beginn der zwischenzeitlich genehmigten Bauprojekte auf den Parzellen 281/2; 282/5; 282/6 wurde mit den Grundeigentümern vereinbart, die Asphalt-Schicht erst nach Ende

der Bauarbeiten spätestens aber bis zum 15.05.2025 fertigzustellen, um Beschädigungen bzw. Wiederherstellungskosten zu vermeiden.

Die hinterlegte Bebauungsverpflichtung/Garantiesumme von € 12.810.- bleibt bis zum o.a. Termin bei der Gemeinde hinterlegt.

Eine Bankgarantie in Höhe von € 12.810,-- liegt der Gemeinde vor.

GR Hadl erkundigt sich, wann die ursprüngliche Bebauungsverpflichtung erteilt wurde und wann diese erstmals verlängert wurde. Ihrer Ansicht nach, sind die Bebauungsverpflichtungen eines der wenigen Instrumenten bei der Raumplanung und sollte hier sorgfältig vorgegangen werden. Sie stellt ihre Ablehnung hierzu in Aussicht.

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 18.44 bis 18.48.

Die Vorsitzende verweist GR Hadl darauf, dass sämtliche Unterlagen zu diesem Sachverhalt in Session zur Verfügung gestanden sind.

Vzbgm Köfer weist darauf hin, dass es etliche Gründe gäbe, weshalb viele Bauprojekte in der zuerst vorgegeben Zeit nicht umgesetzt werden. Von Gesetzes wegen ist es erlaubt, eine Bebauungsverpflichtung zweimal zu verlängern und sollten in diesem Zusammenhang auch alle Gemeindeglieder gleichbehandelt werden.

GV Pacher gibt an, dass es sich hier nicht um ein kleines Projekt handle. Dieses Projekt wurde 2015 genehmigt und wurde für den Antragssteller bereits vor kurzem eine Umwidmung beschlossen. Er sieht hier keine finanziellen Schwierigkeiten das Projekt zur Umsetzung zu bringen und wäre die Frist hierbei bereits seit Juni abgelaufen.

Die Vorsitzende führt aus, dass der Antrag am 28. Mai eingebracht wurde und zwischenzeitlich kein GR stattfand.

Vzbgm Neuscheller sieht es erschreckend und appelliert, dass alle Gemeindeglieder gleichbehandelt werden sollen. Er bedauert die Entwicklung in der vorliegenden Thematik, da hier Personen, die bauen nicht willkommen geheißen werden.

GR Hadl betont, dass diese Bebauungsverpflichtungen wichtige Instrumente sind und diese erhalten werden müssen. Sie sei aber nicht gegen Bauwerber.

GV Pacher stellt klar, dass aus seiner Perspektive nicht das Bauen auf Bauland problematisch sei, da hierbei keine Umwidmung erforderlich ist. Aber Umwidmungen von Grünland in Bauland lediglich eine Versiegelung bedeuten würden. Speziell in Pörschach sind die zunehmenden bebauten Flächen einhergehend mit den wachsenden Zweitwohnsitzen zu betrachten.

Vzbgm Köfer gibt an, dass die Bürgermeisterin nur Bauvorhaben bestätigen kann, die ordnungsgemäß sind aber keine Zweitwohnsitze von ihr genehmigt werden. Weiters verweist er auf die unterschiedlichen Gesetzesmaterien, welche in diesem Zusammenhang keine Einigung finden.

GV Gappnig appelliert, dass es sich hier um einen Pörschacher handelt und diesem soll die Möglichkeit gegeben werden sein Bauvorhaben umzusetzen.

Die Vorsitzende gibt an, dass die Gemeinde Pörschach nicht mit einer Zersiedelung konfrontiert sei, wie es in einigen anderen Gemeinden der Fall ist. In der Gemeinde Pörschach sei die Verbauung geringer als 10%.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt einer Verlängerung der Bebauungsverpflichtung zum Grundstück 282/4, KG Sallach bis 15.05.2025 zu.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl,

Gegenstimme(n) (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

8. Antrag an den Gemeinderat - Breitbandausbau Pörtschach

Sachverhalt:

In der 15 GR. Sitzung am 29.03.2023 wurde folgender Beschluss zum Thema Brandbandausbau Pörtschach gefasst:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Absichtserklärung zwischen der KELAG, der BIK und der Gemeinde Pörtschach am Wörther See zu unterzeichnen.

Mit Schreiben vom 31.07.2024 informiert die KELAG die Gemeinde, dass „*unsere internen Ziele – hinsichtlich unserer Vorvermarktung - aufgrund von unterschiedlichsten Gründen noch nicht erreicht sind und wir aus diesem Grund - zu diesem Zeitpunkt – aus wirtschaftlichen Gründen keinen Ausbau starten können.*“

Da bereits im Herbst 2024 mit dem Breitbandausbau durch ein anderes Unternehmen begonnen wird und bereits die ersten KELAG Kunden den Anbieter wechseln, ist beabsichtigt den oben angeführten Gemeinderatsbeschluss entweder aufzuheben oder die Möglichkeit zu schaffen, auch andere Unternehmen als Gemeinde zu unterstützen um die Bürger:innen bestmöglich zu informieren.

GV Pacher habe sich, seinen Angaben nach, damals dafür eingesetzt, dass mit der BIK aufgrund von Fördermittel zusammengearbeitet wird. Für ihn war es ein Anliegen auch die Randortschaften anzuschließen. Er lobt BT Zanker für seine proaktive Arbeit. Er würde die Arbeit mit der BIK nicht ganz auflösen, sondern neben der Kelag bestehen lassen, um auch die Randortschaften auszubauen.

GV Pacher bringt daraufhin nachfolgenden Zusatzantrag der FPÖ ein (Anlage 2):

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Antragstext wird am Ende wie folgt ergänzt:

„Der Gemeinderat beschließt weiters, mit der BIK (Breitbandinitiative Kärnten) in Verhandlungen für eine neue Absichtserklärung einzutreten, um zukünftig Fördermittel für den Breitbandausbau in Gemeindegebieten außerhalb des Zentrums lukrieren zu können.“

Vzbgm Köfer gibt an, dass die Gemeinde ständig in Verbindung mit der ÖGIG sei und sieht hier keine Notwendigkeit einen Zusatzantrag zu fassen.

Die Vorsitzende erklärt, dass bereits mit dem zuständigen Ansprechpartnern der Kelag telefoniert wurde und diese den Ausbau nicht starten werden. Im Gegensatz dazu wäre in Zusammenarbeit mit der ÖGIG bereits im Frühjahr 2025 der Breitbandausbau möglich. Ziel ist es in der ersten Phase das Zentrum auszubauen und in weiterer Folge den Breitbandausbau auf die weiteren Ortsteile zu erstrecken, jedoch werden zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Ortsteile im Detail festgelegt.

Vzbgm Köfer möchte verhindern, dass Beschlüsse über derartige Zusatzanträge nicht das Arbeiten für die Gemeinde erschweren.

Die Vorsitzende bittet darum, den Sachverhalt nicht mittels eines zusätzlichen Antrages zu verkomplizieren.

GV Gappnig sieht die Handhabung des Breitbandausbaues im Zusammenhang mit dem Zusatzantrag von GV Pacher nicht als problematisch, da es hierbei lediglich darum gehen würde, eine zweite Möglichkeit offen zu halten. Aus seiner Sicht ist dies eher eine Hilfestellung für die Zukunft.

GR Göbel erkundigt sich, weshalb dieser Antrag aufgehoben werden müsse, da er dies nicht als notwendig empfindet. Die Vorsitzende beschreibt, dass es wichtig wäre, der ÖGIK beim Breitbandausbau keine Steine unnötig in den Weg zu legen.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat möge den Beschluss vom 29.03.2023 „Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Absichtserklärung zwischen der KELAG, der BIK und der Gemeinde Pörschach am Wörther See zu unterzeichnen“ aufheben.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (10)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl,

Gegenstimme(n) (9)

Birgit Alberer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Nachdem der Hauptantrag abgestimmt wurde, bringt die Vorsitzende den Zusatzantrag der FPÖ zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (9)

Birgit Alberer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (10)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl,

9. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung Verordnung Behindertenparkplätze 2024_2

Sachverhalt:

Aufgrund mehrerer Beschwerden hinsichtlich der Parkplatzsituation im Bereich des Landspitzes/Wahlisparkplatz ist beabsichtigt die Verordnung über die Pörschacher Behindertenparkplätze 2024 zu überarbeiten.

Nach einem Ortsaugenschein mit Vertretern des ÖZIV wurden zwei Vorschläge vorgebracht. Da jedoch Vorschlag Nr. 2 mit enormen baulichen Maßnahmen verbunden ist, wird empfohlen am südlichen Teilstück des Parkstreifen Wahlisstraße in Höhe des Wahlisparkplatzes (Gst. Nr. 970/3, KG 72152) nach dem Parkplatz der Wasserrettung weitere Behindertenparkplätze zu situieren. Laut dem ÖZIV ist dies eine zumutbare Entfernung für den Besuch des Landspitzes (Promenadenbad), da der Weg barrierefrei ist.

Der Gemeindevorstand empfiehlt zu den bereits bestehen Behindertenparkplätzen unter Punkt 4, weitere 7 Behindertenparkplätze für den Landspitz im Bereich der Wahliswstraße zu verordnen.

GV Pacher begrüßt diesen Antrag und führt er ergänzend dazu aus, dass bis dato keine Barriere zum Landspitz vorhanden gewesen ist und demnach einige Personen, wie gewohnt, den Landspitz dennoch befahren haben. Diesbezüglich schlägt er vor, dass eine Barriere anzubringen wäre und für beeinträchtigte Personen die Möglichkeit des Eurokeys eingeräumt

werden könnte, damit diese trotz der Anbringung einer Barriere den Landspitz befahren könnten.

Die Vorsitzende betont, dass die Sicherheit am Landspitz gegeben sein müsste und demnach eine Barriere, wie beispielsweise eine Schranke, notwendig sei.

GR Diexer verlässt von 19.18 bis 19.21 die Sitzung.

GR Maier sieht jeden zusätzlichen behindertengerechten Parkplatz als ein gutes Service. Er spricht sich für technische Vorkehrungen, die das Befahren des Landspitzes verhindern, aus und schließt er sich, speziell im Zusammenhang mit schwerbehinderten Menschen, GV Pacher betreffend die Möglichkeit mittels Eurokey an. Er hat in der Bevölkerung zur aktuellen Parkordnung generell Beschwerden gehört.

Vzbgm Neuscheller gibt an, dass es sehr viele Beschwerden gegeben hätte, da dort sehr viele Autos gefahren wären. Mit einer Expertin ist er die Örtlichkeiten abgegangen und spricht er sich dafür aus, dass zukünftig weitere Behindertenparkplätze geschaffen werden, da dies auch gemäß den Angaben der Expertin an dem geplanten zumutbar wären. Er verweist auch auf den barrierefreien Naturlehrpfad und sieht speziell in diesem Zusammenhang die Gefahr, dass dadurch noch mehr Verkehrsaufkommen am Landspitz erwartet werden könnte.

GR Hadl verlässt von 19.23 bis 19.25 die Sitzung.

GR Mikula erkundigt sich, wie zukünftig die Handhabe sein werde, wenn Veranstalter oder Mitarbeiter zum Landspitz fahren möchten. Die Vorsitzende erteilt ihm sodann einen Ruf zur Sache.

GV Gappnig berichtet, dass es hierzu einen sehr lehrreichen und interessanten Workshop im Hinblick auf beeinträchtigte Personen gegeben hätte und spricht er sich für die Erhöhung der dortigen Parkmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigung aus.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt der Zurverfügungstellung von 7 zusätzlichen Behindertenparkplätzen für den Landspitz im Bereich der Wahlißstraße (Gst. Nr. 970/3, KG 72152) mit der Verordnung „Pörschacher Behindertenparkplätze 2024_2“ Zahl 640-5/2024-1 zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl,

10. Selbstständiger Antrag der GRÜNEN vom 03.07.2024 - Einspruch gegen einen positiven Bescheid am Buberlemoos

Sachverhalt:

In der 22. GR-Sitzung am 03.07.2024 wurde von den GRÜNEN der Dringlichkeitsantrag zum Thema „Einspruch gegen einen positiven Bescheid am Buberlemoos“ eingebracht. Die Abstimmung der Dringlichkeit hat mehrheitlich ergeben, dass diese nicht zuerkannt wird. Somit wurde der nun Selbstständige Antrag dem GV zur Vorberatung zugeteilt. Eine entsprechende Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

In der 54. GV-Sitzung wurde mehrheitlich keine Notwendigkeit des vorliegenden Antrages festgestellt.

GR Hadl bittet um Bekanntgabe, was in der Vorberatung des vorliegenden Tagesordnungspunktes besprochen wurde, und verliest sie anschließend nochmals die Begründung ihres Antrages. Sie appelliert, dass die Gemeinde zum Naturschutz angehalten sei.

GV Pacher gibt an, dass er im Gemeindevorstand für den Antrag gestimmt hätte. Er spricht seine Zustimmung für diesen Tagesordnungspunkt aus. Da zwischenzeitlich einige Fakten bekannt wurden, welche er als Anlass sieht das Buberlemoos als ein örtliches Naturdenkmal zu definieren und bringt er dahingehend sogleich einen Dringlichkeitsantrag bei der Vorsitzenden ein.

Vzbgm Neuscheller sieht hier keine Dringlichkeit, da ohne eine Umwidmung keine Bebauung des besagten Grundstückes möglich ist.

GR Faeser gibt an, dass im Zuge der neuen Raumordnung eine Widmung dort zukünftig unmöglich wird. Er sieht dies als einen enormen privaten Eingriff.

GR Hadl gibt an, dass es hier nicht um das Umwidmungsverfahren gehe, sondern um die Entfernung des Moors. Dieses Moor ist geschützt nach dem Kärntner Naturschutzgesetz. Sie sorgt sich nicht in erster Linie um die Umwidmung aber um die Entfernung des Moors. In Bezug auf die Beschlussfassung, dass der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden müsse, bittet sie um Auskunft, was die Bürgermeisterin dahingehend unternommen hat.

*GR Diexer verlässt von 19.36 bis 19.39 die Sitzung.
Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 19.39 bis 19.53.*

Nach Wiederaufnahme der Pause nimmt EGR Wienerroither den Platz von GR Diexer ein.

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und bittet er um Klarstellung, wie die Handhaben im vorliegenden Fall ist, wenn ein GR-Mitglied während der Sitzung ausfällt und durch ein anderen ersetzt wird.

Die Vorsitzende gibt an, dass in diesem Fall die nächstgereihten Gemeindevandatare kontaktiert wurden, diese jedoch nicht verfügbar waren, bis schließlich EGR Wienerroither ihre Verfügbarkeit bekanntgab. AL Pinter gibt überdies an, dass der Obmann bzw. hier die Vorsitzende sicherzustellen hat, dass die Reihenfolge eingehalten wird, wenn andere Mandatare eingeladen werden müssen und alles Mögliche getan wurde, um die nachgereihten Mandatare zu erreichen.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Bürgermeisterin soll im Falle eines positiven Bescheids der BH für das Lagunenprojekt am Buberlemoos alle rechtlichen Möglichkeiten der Gemeinde ausschöpfen und Einspruch erheben. Insbesondere sollte sie den Naturschutz im Sinne des Naturschutzgesetzes und Moorschutz im Sinne der Alpenkonvention einmahnen.*

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (9)

Birgit Alberer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (10)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Raumplanung, Bau und Lärmschutz

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und ersucht den Tagesordnungspunkt 13 vorzuziehen, da die zuständige Auskunftsperson hierzu noch anwesend sei.

Beschluss: einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither,

11. Antrag an den Gemeinderat - Erneuerung Beleuchtungsanlage Seeufer- und Klagenfurterstraße

Sachverhalt:

Die KELAG beginnt mit Anfang Oktober 2024 mit der Verlegung der 20KV Leitung, unter anderem in der Seeuferstraße und Klagenfurterstraße.

Die Gemeinde hat nun die Gelegenheit die veraltenden Kupferleitungen der alten Bundesstraße zu erneuern, sowie in weiterer Folge die Beleuchtung auf LED umzustellen.

Hierzu ist noch im Jahr 2024 der Austausch und Verlegung der alten Leitungen, sowie die Fundamentherstellung der Beleuchtung beabsichtigt.

Die geplanten Kosten stellen sich wie folgt dar:

- Verlegungskosten Swietelsky	€ 95.700,--
- Kabel und Stromkasten	€ 39.220,--
Gesamt	€ 134.920,--

Die Finanzierung erfolgt über BZ-AR in Höhe von € 80.000,--, € 20.500,-- aus den restlichen KIG-Mittel 2023 und einem internen Darlehn Kanal in Höhe von rund € 35.500,--

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt der Sanierung der Beleuchtungsanlagen (Kabel und Fundamente) auf der Seeuferstraße und Klagenfurterstraße in Höhe € 135.000,-- brutto zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither,

12. Antrag an den Gemeinderat - Beauftragung der Sanierung BA 12 Wasserleitung Annastraße

Sachverhalt:

Die Firma öGIG Fiber GmbH beginnt im Herbst 2024 mit dem Breitbandausbau (Glasfaserausbau) in Pörschach am Wörther See. Unter anderem startet mit Anfang Oktober 2024 der Bereich 1 und 2 laut Bauzeitplan, unter welchem auch die Annastraße/ Koschaweg fallen.

Bei der örtlichen Feintrassierung wurden wir von Seiten des Wasserwerkes auf die stark sanierungsbedürftige Bestandsleitung der Trinkwasserversorgungsanlage in diesem Straßenabschnitt hingewiesen. Die Bestandsleitung ist eine PVC Leitung aus den 60/70er Jahren, diese Art von Leitungen bzw. das damals verwendete Material haben eine erwartbare Lebensdauer von 30 bis 40 Jahren.

Ein Leitungstausch wird von Seiten des Wasserwerkes und von Seiten der Infrastruktur empfohlen.

Die anfallenden Kosten für die Erneuerung der Wasserleitung stellen sich wie folgt dar:

- Baumeister:	98.099,78€
- Armaturen:	15.000,00€
- Nebenkosten:	16.900,22€
- SUMME Netto:	130.000,00€

Die Finanzierung (unter Berücksichtigung des geplanten Bauabschnittes BA 11 Winklerner Straße) könnte wie folgt gewährleistet werden.

WVA BA11 Winklerner Straße	Kosten Netto	Aufbringung	Zuweisung RL lt. VA	Zuweisung RL nach Invest.	
	€ 200.000,00				
Darlehen Land 11 % netto		€ 22.000,00			Rückz. Darlehen nach 25 Jahren
Förderung KPC 16 % netto		€ 32.000,00			Annuitäten auf 25 Jahre halbj. Auszahlung
Gebührenbremse		€ 48.199,00			
Zuweisung lt. VA 24		€ 97.801,00	€ 225.700,00	€ 127.899,00	
		€ 200.000,00			
WVA BA 12 Annastraße	Kosten Netto	Aufbringung			
	€ 130.000,00				
Darlehen Land 11% netto		€ 14.300,00			Rückz. Darlehen nach 25 Jahren
Förderung KPC 16 % netto		€ 20.800,00			Annuitäten auf 25 Jahre halbj. Auszahlung
Zuweisung lt. VA 24		€ 94.900,00		€ 32.999,00	Verbleibende RL auf Sparbuch
				€ 52.016,00	dzt. Rücklage Sparbuch

GR Korak führt aus, dass er als Wassermeister der Gemeinde Pörschach die Sanierung der genannten Wasserleitung befürwortet.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der Sanierung der Wasserleitung in der Annastraße/Koschatweg im Zuge des Breitbandausbaues in Höhe von € 130.000, -- netto zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

13. Antrag an den Gemeinderat - Petition "Zeitgemäßer Immissionsschutz an der Wörthersee-Autobahn"

Sachverhalt:

In der 27. GR-Sitzung am 12.11.2020 wurde einstimmig beschlossen, dass eine Petition zum Thema „Tempo 100 auf der A2-Südautobahn im Abschnitt Wörthersee/Pörtschach an den Kärntner Landtag einzubringen ist.

Daraufhin stellt die Vorsitzende den Antrag, der Gemeinderat und der Tourismusverband der Gemeinde Pörtschach am Wörther See möge gemeinsam eine Petition im Kärntner Landtag einreichen. Diesem Antrag wird einhellig zugestimmt.

Aufgrund eines neuerlichen Anrainerschreibens ist es nun beabsichtigt, erneut Petition an den 2023 gebildeten Kärntner Landtag einzubringen.

Die Vorsitzende gibt an, dass hierzu eine Presseaussendung ergehen wird, um die Wichtigkeit des Themas zu vermitteln.

GV Pacher bedankt sich bei Frau Schärer für diesen neuerlichen Impuls und erhofft er sich einen gemeinsamen Auftritt als Gemeinderat in diesem Zusammenhang. Die WHO-Richtwerte müssen in den Richtlinien verankert und eingehalten werden.

Vzbgm Neuscheller sieht Lärm als enorm störend und werden die Grenzwerte im genannten Abschnitt weit überschritten. Es müsse eruiert werden, weshalb an den Abschnitten Höhe Wernberg und Techelsberg ein Tempolimit 100 verordnet wurde und spricht er anschließend seine Unterstützung zu dieser Petition aus.

Vzbgm Köfer sieht hier die Möglichkeit mit technischen Maßnahmen diese Immissionen zu reduzieren.

GR Hadl möchte diese Petition auch gerne mit ihrem Namen unterzeichnen und ist es aus ihrer Perspektive notwendig, dass der Gemeinderat hier aktiv wird.

GV Gappnig spricht sich auch für ein Tempolimit 100 aus.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt der Petition „Die Wörthersee-Autobahn benötigt endlich zeitgemäße Immissionsschutzmaßnahmen betreffend Lärm, Abgasen und Staub im Sinne der Gesundheit der Bevölkerung, die seit Jahrzehnten unter der Autobahn leidet.“ an den österreichischen Nationalrat, dem Kärntner Landtag und der ASFINAG zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

14. Antrag an den Gemeinderat - Anregung Änderung Flächenwidmungsplan Nr. 08/2023 - Marktplatz, Gst.Nr. 921/2, KG 72152

Sachverhalt:

In der 19. RBL-Sitzung am 04.07.2023 wurde einstimmig den vorgelegten Plänen zugestimmt und die beabsichtigte Umwidmung zur Vorprüfung freigegeben.

Mit 25.04.2024 erfolgte eine positive Vorprüfung durch die Abteilung 15 mit der Auflage bei der zuständigen Straßenbaubehörde eine Stellungnahme einzuholen. Dies erfolgt im Zuge der Kundmachung.

In der 27. RBL-Sitzung am 27.06.2024 wurde der Anregung zugestimmt und erfolgte die Kundmachung vom 02.07. – 02.08.2024.

Da keine Wortmeldungen erfolgten, bringt sodann die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der Umwidmung der Teilfläche von 612 m² der Parzelle Nr. 921/2, KG 72152 von Verkehrsflächen – allgemeine Verkehrsfläche in Grünland – Dorfplatz zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

15. Antrag an den Gemeinderat - Anregung Änderung Flächenwidmungsplan Nr. 16/2023 - Vorplatz Kirche, Gst.Nr. 14/6 und 1/2, KG 72152

Sachverhalt:

In der 21. RBL-Sitzung am 17.10.2023 wurde einstimmig den vorgelegten Plänen zugestimmt und die beabsichtigte Umwidmung bzw. Grundstücksaufteilung zur Vorprüfung freigegeben.

Mit 25.04.2024 erfolgte eine positive Vorprüfung durch die Abteilung 15. Es ist nun in weiterer Folge die Kundmachung beabsichtigt.

In der 27. RBL-Sitzung am 27.06.2024 wurde der Anregung zugestimmt und erfolgte die Kundmachung vom 02.07. – 02.08.2024.

Da keine Wortmeldungen erfolgten, bringt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der Umwidmung einer Teilfläche von 135 m² der Parzellen Nr. 1048/1, 1/1 und 1/2 (alle KG 72152) von Grünland – Park in Verkehrsflächen – allgemeine Verkehrsfläche, einer Teilfläche von 38 m² der Parzelle Nr. 14/6, KG 72152 von Grünland – Park in Verkehrsflächen – Parkplatz, einer Teilfläche von 23 m² der Parzelle Nr. 1048/1, KG 72152 von Verkehrsflächen – allgemeine Verkehrsfläche in Verkehrsflächen – Parkplatz und einer Teilfläche von 66 m² der Parzelle Nr. 1048/1, KG 72152 von Verkehrsflächen – allgemeine Verkehrsfläche in Grünland – Park zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

16. Antrag an den Gemeinderat - Anregung Änderung Flächenwidmungsplan Nr. 17/2023 - Bahnhofstraße, Gst.Nr. 1225, KG 72152

Sachverhalt:

Es ist beabsichtigt im Zuge der Widmungsanregungen 2023 auch die Ersichtlichmachung Hauptbahn am Grundstück 1225, KG 72152 dem Bestand anzupassen.

Mit 25.04.2024 erfolgte eine positive Vorprüfung durch die Abteilung 15.

In der 27. RBL-Sitzung am 27.06.2024 wurde der Anregung zugestimmt und erfolgte die Kundmachung vom 02.07. – 02.08.2024.

Da keine Wortmeldungen erfolgten, bringt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt der Umwidmung von 511 m² der Parzelle Nr. 1225, KG 72152 von Ersichtlichmachungen – Hauptbahn – Bestand in Verkehrsflächen – allgemeine Verkehrsfläche zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

17. Antrag an den Gemeinderat - Übernahme einer Teilfläche in das öffentliche Gut zum Gemeingebrauch Nr. 654/3, KG 72152

Sachverhalt:

Die Gemeinde Pörschach am Wörther See beabsichtigt das aus dem Grundstück Nr. 654/3 KG 72152 gebildete Trennstück „1“ mit einer Fläche von 3 m², lt. Vermessungsurkunde Kraschl & Schmuck ZT GmbH, Sterneckstraße 25/1/4, 9020 Klagenfurt, GZ 1216/23 lastenfrei dem öffentlichen Gut (Straßen und Wege) zu übertragen und mit dem Grundstück Nr. 1029/2 KG 72152 zu vereinigen und für den Allgemeingebrauch zuzulassen und als Verbindungsstraße zu kategorisieren.

Die Kundmachung erfolgte bereits am 29.04.2024 und läuft bis einschließlich 13.05.2024.

Da keine Wortmeldungen erfolgten, bringt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat möge der Übernahme der Teilfläche im Ausmaß von 3 m² aus dem Grundstück Nr. 654/3 KG 72152 in das öffentliche Gut zustimmen.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael

Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

18. Antrag an den Gemeinderat - Grenzbereinigung von öffentlichem Gut zum Grundstück des Herrn Dr. Reichenauer Lindenhofweg - Abänderung

Sachverhalt:

In der 17. GR-Sitzung am 20.09.2023 wurde einstimmig der Entwurf zur Mappenberichtigung hinsichtlich der Anpassung des Naturzustandes am Lindenhofweg beschlossen. Hierzu wurde der Übernahme in das öffentliche Gut bzw. die Auflassung des öffentlichen Gutes wie folgt zugestimmt:

215/8, KG 72164 – Dr. Reichenauer

8 m² zu öffentlichem Gut (Teilstück 1)

8 m² von öffentlichem Gut (Teilstück 2)

782/1, KG 72164 – öffentliches Gut

8 m² an Dr. Reichenauer (Teilstück 2)

8 m² von Dr. Reichenauer (Teilstück 1)

Aufgrund des Wechsels des Vermessungsbüros (Entwurf – Dipl. Ing. Helmut ISEP ZT-GmbH, Teilungsurkunde – Angst Geo Vermessung ZT GmbH) ergeben sich leider nun andere Flächenverhältnisse und muss nun ein neuer Gemeinderatsbeschluss für eine neue Verordnung getroffen werden.

215/8, KG 72164 – Dr. Reichenauer

8 m² zu öffentlichem Gut (Teilstück 2)

8 m² von öffentlichem Gut (Teilstück 1)

2 m² zu öffentlichem Gut (Teilstück 3)

782/1, KG 72164 – öffentliches Gut

8 m² an Dr. Reichenauer (Teilstück 1)

8 m² von Dr. Reichenauer (Teilstück 2)

2 m² von Dr. Reichenauer (Teilstück 3)

Die Kundmachung erfolgte am 17.07.2024 und ist bis 31.07.2024 angeschlagen.

Die Kosten werden wie bei der letzten Grenzbereinigung von Herrn Dr. Reichenauer übernommen.

Da keine Wortmeldungen erfolgten, bringt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beschließt die Zustimmung der vorliegenden Teilungsurkunde unter Vorbehalt der Kostenübernahme durch Herrn Dr. Reichenauer.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

19. Selbstständiger Antrag der GRÜNEN vom 21.06.2022 - Verkehrsberuhigung Hauptstrasse

Sachverhalt:

In der 9. GR-Sitzung am 21.06.2022 wurde von den GRÜNEN der selbstständige Antrag zum Thema „Verkehrsberuhigung Hauptstrasse“ eingebracht. Eine Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

In der 11. RBL-Sitzung am 11.07.2022 wurde der Antrag ohne weitere Beratung einstimmig abgelehnt.

In der 22. GR-Sitzung wurde von der Fraktion der FPÖ ein Abänderungsantrag eingebracht. Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt vertagt.

Vzbgm Neuscheller gibt an, dass hierzu bereits einiges passiert sei und auch mehrere Termine mitunter mit Hrn. Bidmon und ein weiteres Gespräch mit Hrn. Fallast dahingehend stattfanden. In diesem Zusammenhang wurden die Verkehrsberuhigung und die Weiterführung des Radweges besprochen.

GV Pacher schließt sich den Ausführungen von Vzbgm Neuscheller an. Er sieht es als notwendig sich zur Verkehrsberuhigung zu bekennen und war es beabsichtigt dies im Zuge des Masterplans zu behandeln.

GR Hadl kritisiert, dass sie dahingehend nicht in Kenntnis gesetzt wurde und dieser Tagesordnungspunkt erst nach 2 Jahren behandelt wird.

Vzbgm Köfer weist darauf hin, dass in den Ausschüssen viele Themen behandelt werden und wird die Verkehrsberuhigung im Masterplan verfolgt.

Die Vorsitzende gibt an, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits in der letzten GR-Sitzung eine Behandlung erfuhr, jedoch schlussendlich von GR Hadl selbst der Antrag gestellt wurde diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Die Vorsitzende gibt an, dass der Verkehrsfluss auch im Zuge des OEKs behandelt werde und ist es das Ziel hierfür eine adäquate Lösung zu finden.

GR Hadl sieht nicht, was einer Zustimmung zu ihrem Antrag entgegenstehen könnte.

GV Gappnig sieht die Verkehrsberuhigung als einen Teil des Gesamtkonzeptes und hat auch die SPÖ den darauffolgenden Antrag zurückgezogen.

Die Vorsitzende gibt an, dass es im Interesse aller sein sollte, die Prozesse nicht zu verkomplizieren.

Beschlussvorschlag:

Abänderungsantrag der FPÖ vom 03.07.2024

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat beschließt, möglichst schnelle und wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit und Beruhigung des Verkehrs entlang der Hauptstraße im Rahmen des Masterplans Hauptstraße zu berücksichtigen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (7)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat bekennt sich zu möglichst schnellen und wirksamen Massnahmen zur Steigerung der Sicherheit und Beruhigung des Verkehrs entlang der Hauptstrasse. Er beauftragt die Bürgermeisterin, sich zu den besten Massnahmen beraten zu lassen und Verantwortung für ihre Umsetzung zu tragen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (3)

Gabriele Hadl, Harald Josef Korak, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (16)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

20. Selbstständiger Antrag der SPÖ vom 24.04.2024 - Umwidmung Marktplatz

Der Antrag wurde vor der Sitzung zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

21. Selbstständiger Antrag der GRÜNEN vom 03.07.2024 - Neue Umwidmungen nur mit neuem ÖEK

Sachverhalt:

In der 22. GR-Sitzung am 03.07.2024 hat die Fraktion der GRÜNEN den Selbstständigen Antrag zum Thema „Neue Umwidmungen nur mit neuem ÖEK“ eingebracht. Eine Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

In der 28. RBL-Sitzung am 24.07.2024 wurde der Antrag negativ vorberaten, da der Ausschuss davon ausgeht, dass aufgrund des Beschlusses der Handlungsspielraum der Gemeinde zu sehr eingeschränkt sei.

Vzbgm Neuscheller verlässt von 20.40 bis 20.42 die Sitzung.

GR Hadl bekundet ihr Unverständnis darüber, dass viel Geld für die Planung des neuen OEKs investiert wird und zwischenzeitliche Umwidmungen ständige Änderungen verursachen.

Während der Ausführungen von GR Hadl lacht Vzbgm Köfer, was zwischen den beiden ein Zwiegespräch auslöst. Daraufhin erteilt die Vorsitzenden beiden einen Ruf zur Ordnung.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Umwidmungen sollen erst wieder erfolgen, wenn das neue ÖEK als Basis für die Ortsplanung beschlossen ist. Bei Vorliegen eines starken öffentlichen Interesses können in Einzelfällen Ausnahmen gemacht werden.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (2)

Erich Göbel, Gabriele Hadl,

Gegenstimme(n) (16)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

Enthaltung(en) (1)

Florian Pacher,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt

22. Antrag an den Gemeinderat - "Feinstaubbelastung durch Bremsgeruch der ÖBB" - Aufforderung an die Gesundheitsbehörde zum Schutz der Anrainer ein Umweltmedizinisches GA durchzuführen

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.08.2024 langte nachstehende Sachverhaltsdarstellung zum Thema „Zugstau im Zentrum von Pörschach und massive Beeinträchtigung durch Bremsabrieb“ von Herrn Martin Assam im Gemeindeamt ein.

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Gemeindevorstände!*

Wie teilweise telefonisch und teilweise im persönlichen Gespräch angekündigt, möchte ich hiermit folgenden Sachverhalt darstellen:

Seit einigen Monaten kommt es im Bereich Bahnübergang Moosburgerstraße im Zentrum von Pörschach zu täglichen, regelmäßigen Zugabbremungen und -anhaltungen mit allem dazugehörigen Lärm. Leider führt dies nicht nur zu dieser massiven Lärmbelastungen für uns ohnehin schon lärmgeplagte Anrainer, sondern auch zu einer extremen Belastung durch Bremsabrieb und Feinstaub! Die penetrant stinkende Bremsabriebswolke hängt danach minutenlang über dem Ortszentrum. Dies passiert leider sehr oft während der Nachtstunden, in denen die Wohnungen durchgelüftet werden, um die Hitze des Tages aus dem Haus zu bringen. Dann hat man diesen Bremsabrieb minutenlang in den Wohn- und Schlafräumen.

Selbstverständlich haben wir diese Problematik seitens der Anrainerschaft und seitens des Vereins Stopp Bahnlärm bereits der ÖBB geschildert. Dort verwies man freundlich darauf, dass zwischen Klagenfurt und Villach KEIN Vershubverkehr stattfindet und dass die Strecke KEINESFALLS überlastet sei. Im Gegenteil, lt. ÖBB hat die alte Wörtherseetrasse noch freie Kapazitäten für zusätzliche Züge! Und seitens der ÖBB wurde uns auch versichert, dass der Bremsabrieb der neuen „Flüsterbremsen“ KEINESFALLS gesundheitsschädlich und natürlich biologisch abbaubar sei!

So ein extremer Bremsabrieb und so eine Feinstaubentwicklung kann nicht zuträglich für die menschliche Gesundheit sein!

Ich ersuche Sie im Namen des Vereins Stopp Bahnlärm – Schützt Gesundheit und Umwelt, im Namen der betroffenen Anrainerschaft und im Namen meiner eigenen betroffenen Familie, so schnell wie möglich die Umweltmedizinerin der Gemeinde Pörschach mit diesem Sachverhalt zu betrauen und umgehend eine Luftgüte- und Feinstaubmessung in den Bereichen Bahnübergang Moosburgerstraße, Unterführung Gaißbrückenstraße und Volksschule / Bahndurchgang Leonstain durchführen zu lassen! Ich möchte kein Versuchskaninchen oder Labordummy sein, bei dem es sich in 10 Jahren herausstellt, dass dieser Bremsabrieb eventuell doch massiv gesundheitsschädigend oder gar krebserregend ist!

*In diesem YouTube-Kanal habe ich einige ungeschnittene und wackelige Demo-Videos online gestellt, die meine o.a. Aussagen untermauern sollen:
<https://www.youtube.com/@StoppBahn%C3%A4rm>*

Leider kann ich die Bremsabriebsbelastung mittels Video nicht dokumentieren.

Dieses Mail schicke ich an die Bürgermeisterin der Gemeinde Pörtschach, Frau Silvia Häusl-Benz, an die Gemeindevorstände der Gemeinde Pörtschach, an Mitglieder des Vereins Stopp Bahnlärm – Schützt Gesundheit und Umwelt und dessen Unterstützer.

Ich bedanke mich im Vorhinein für Ihr rasches Tätigwerden in dieser eventuell gesundheitsschädigenden Causa!

Freundliche Grüße!

Martin Assam

Inzwischen gibt es dazu (allgemein Feinstaub an Bahnstrecken) ein GA der TU Graz <https://www.tugraz.at/tu-graz/services/news-stories/tu-graz-news/einzelansicht/article/studie-der-tu-graz-zeigt-non-exhaust-emissionen-von-zuegen-sind-nicht-vernachlaessigbar>

Die zuständige Umweltärzten Fr Dr. Korak hat telefonisch empfohlen die Gesundheits-Behörde (Abtl. 5 Gesundheit) aufzufordern ein: " Umweltmedizinisches GA" durchzuführen.

In der 19. FWU-Sitzung wurde einstimmig empfohlen einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Vzbgm Neuscheller erläutert, die Feststellung des Bremsgeruches in Pörtschach und wurde bereits vor einigen Jahren angeregt, dass die Behörden diesen Geruch zu untersuchen haben. Das Gutachten der TU Graz zeigt auf, dass diese Bremsabriebe sehr erheblich sind. In Pörtschach schleifen sich Güterzüge für kurze Zeit ein, damit sie den Fahrplan nicht stören und den Verkehr nicht aufhalten. Dies kann laut der Studie der TU Graz gesundheitsgefährdend sein. Überdies gibt Vzbgm Neuscheller an, dass hierfür eine Überprüfung der zuständigen Abteilung erforderlich sei. Die Notwendigkeit dieser Überprüfung ergibt sich im Wesentlichen auch aus dem Aspekt, dass sich in dem betroffenen Gebiet unter anderem die Schule, der Kindergarten und die Kita befindet.

GV Pacher erhofft sich dieser Thematik betreffend eine entsprechende Unterstützung, da dies nicht vernachlässigt werden darf.

Vzbgm Neuscheller bringt sodann einen fraktionsübergreifenden Abänderungsantrag ein (Anlage 3), welcher in weiterer Folge durch die Vorsitzende abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat fordert die zuständigen Behörden des Landes Kärnten (Abt.: 5; Abt.: 7; Abt.:8;) auf, umgehend und ohne unnötigen Aufschub, eine Feinstaubmessung und Bodenuntersuchung zur Bremsabrieb- und Schwermetallbelastung entlang der Bahnstrecke, insbesondere am Gelände der Krabbelstube, des Kindergarten der Volksschule sowie an weiteren neuralgischen Punkten im Zentrum von Pörtschach durchzuführen!

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

Der Hauptantrag wurde in weiterer Folge nicht mehr abgestimmt.

23. **Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 08.11.2023 - Gebühren-Reduktion bei Biomüll**

Sachverhalt:

In der 18. GR-Sitzung hat die Fraktion der FPÖ den Selbstständigen Antrag zum Thema „Gebühren-Reduktion bei Biomüll“ eingebracht. Eine entsprechende Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

Aktueller Stand Abholung:

Tonne	Alte VO	Aktuelle VO 6 Cent/l	Vorschlag 4 Cent/l
120 l	€ 5,20	€ 7,20	€ 4,80
240 l	€ 8,60	€ 14,40	€ 9,60

Eine rechtliche Anfrage an die Abteilung 3 – Gemeinden und Katastrophenschutz Unterabteilung Rechtliche Gemeindeaufsicht und Abteilungsmanagement hat zusammengefasst ergeben, dass eine rückwirkende Senkung von Abgaben nicht zulässig ist.

In der 21. GR-Sitzung wurde der Tagesordnungspunkt inkl. Abänderungsantrag zur neuerlichen Beratung an den FWU-Ausschuss zurückverwiesen.

Die Beratung der 19. FWU-Sitzung hat ergeben, dass eine reine Anpassung der Bio-Müllgebühren nicht stattfinden soll, jedoch diese Thematik bei der nächsten Anpassung der Müllgebühren (voraussichtlich 2025) Berücksichtigung finden soll. Beide Anträge wurden mehrheitlich nicht empfohlen.

GV Pacher schildert, dass in der Preisliste, welche letztes Jahr beschlossen wurde und mit 01.07.2023 in Kraft getreten ist, ein Fehler passiert ist. Es wurde die Kosten für die Entleerungen einer Restmülltonne gleich hoch angesetzt wie jener des Biomülls. Anschließend berichtet GV Pacher über die bisherige Vorgehensweise und die Fristüberschreitung des Antrages. Er stellt zudem in Aussicht, dass er nochmals einen Abänderungsantrag einbringen werde, um die Mülltrennung in Pörschach zu unterstützen.

Daraufhin überreicht GR Pacher der Vorsitzenden nachfolgenden Abänderungsantrag der FPÖ (Anlage 4):

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat ändert die Abfallgebührenverordnung vom 29. März 2023 zur Zahl 852-2/2023-1. Im § 1 Abs. 5 werden die beiden Angaben für biogene Abfälle gestrichen. Stattdessen wird ein neuer Abs. 6 hinzugefügt, der wie folgt lautet:

Die Entsorgungsgebühr je Entleerung (inkl. gesetzlicher Steuern) für biogene Abfälle beträgt ab 01.01.2025 4 Cent pro Liter Fassungsvermögen

Müllbehälter	Entsorgungsgebühr/Entleerung
120 l biogener Abfall	€ 4,80
240 l biogener Abfall	€ 9,60

Für Biomüllbehälter gibt es ab 01.01.2025 keine Bereitstellungsgebühr.

GV Pacher schlägt nach seinen Ausführungen vor, dass er den bestehenden Abänderungsantrag zurückziehen könnte und anschließend nur mehr der Abänderungsantrag, welcher datiert ist mit 02.10.2024, abgestimmt werden müsse.

Vzbgm Köfer erklärt, dass dieser Antrag lange diskutiert wurde. Hierbei handle es sich um einen Antrag, bei dem nicht klar feststellbar ist, welche finanziellen Auswirkungen zu erwarten sind. Er bringt den Vorschlag ein, dass bei der nächsten Erhöhung der biogene Abfall nicht mit erhöht wird und somit aktuell keine Reduktion vorgenommen wird.

Die Vorsitzende gibt an, dass es in der geltenden K-AGO keine Regelung gäbe, welche das Zurückziehen des Abänderungsantrages und dessen Zeitpunkt regelt. Weshalb Sie dies gleich handhaben werde wie die Zurückziehung eines Tagesordnungspunktes. Somit bringt sie die Anträge der Reihe nach zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Abänderungsantrag der FPÖ vom 02.10.2024:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat ändert die Abfallgebührenverordnung vom 29. März 2023 zur Zahl 852-2/2023-1. Im § 1 Abs. 5 werden die beiden Angaben für biogene Abfälle gestrichen. Stattdessen wird ein neuer Abs. 6 hinzugefügt, der wie folgt lautet:*

Die Entsorgungsgebühr je Entleerung (inkl. gesetzlicher Steuern) für biogene Abfälle beträgt ab 01.01.2025 4 Cent pro Liter Fassungsvermögen

Müllbehälter	Entsorgungsgebühr/Entleerung
120 l biogener Abfall	€ 4,80
240 l biogener Abfall	€ 9,60

Für Biomüllbehälter gibt es ab 01.01.2025 keine Bereitstellungsgebühr.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (8)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (11)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Abänderungsantrag der FPÖ vom 24.04.2024:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat ändert die Abfallgebührenverordnung vom 29. März 2023 zur Zahl 852-2/2023-1. Im § 1 Abs. 5 werden die beiden Angaben für biogene Abfälle gestrichen. Stattdessen wird ein neuer Abs. 6 hinzugefügt, der wie folgt lautet:*

Die Entsorgungsgebühr je Entleerung (inkl. gesetzlicher Steuern) für biogene Abfälle beträgt ab 01.10.2024 4 Cent pro Liter Fassungsvermögen

Müllbehälter	Entsorgungsgebühr/Entleerung
120 l biogener Abfall	€ 4,80
240 l biogener Abfall	€ 9,60

Für Biomüllbehälter gibt es ab 01.10.2024 keine Bereitstellungsgebühr.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (8)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (11)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Hauptantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat ändert die Abfallgebührenverordnung vom 29. März 2023 zur Zahl 852-2/2023-1. Im § 1 Abs. 5 werden die beiden Angaben für biogene Abfälle gestrichen. Stattdessen wird ein neuer Abs. 6 hinzugefügt, der wie folgt lautet:

Die Entsorgungsgebühr je Entleerung (inkl. gesetzlicher Steuern) für biogene Abfälle beträgt ab 01.12.2023 für Müllbehälter 4 Cent pro Liter Fassungsvermögen.

Müllbehälter	Entsorgungsgebühr/Entleerung
120 l biogener Abfall	€ 4,80
240 l biogener Abfall	€ 9,60

Für Biomüllbehälter gibt es keine Bereitstellungsgebühr.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Mario Gappnig, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither,

24. Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 24.04.2024 - Sammelpunkt für gelbe Säcke am Bauhof

Sachverhalt:

In der 21. GR-Sitzung am 24.04.2024 wurde der selbstständige Antrag der FPÖ zum Thema „Sammelpunkt für gelbe Säcke am Bauhof“ eingebracht. Eine Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

In der 19. FWU-Sitzung wurde beraten, dass aufgrund der Umstellung des Inhaltes der Gelben Säcke ab 01.01.2025 keine Notwendigkeit besteht eine solche Maßnahme umzusetzen.

Vzbgm Neuscheller zeigt auf, dass zukünftig das Pfand eingeführt werde und demnach anzunehmen ist, dass sich die Anzahl der Säcke reduziert. In der Vorberatung hat BHL Pagitz in Aussicht gestellt, dass die gelben Säcke, welche an dem bekannten Sammelplatz in Pritschitz zur Abholung abgelegt werden, mitentsorgt werden können, wenn der Bauhof die öffentlichen Müllbehälter entleert.

GV Pacher gibt an, dass dieser Antrag deshalb entstanden ist, um für die Gemeindebürger eine Alternative einzuführen, wenn die Säcke bereits voll sind oder Liegenschaften nicht ganzjährig bewohnt werden. Weiters führt er aus, dass sich die besagte Situation bereits seit April gebessert habe, jedoch bleibt dieser Antrag von der FPÖ aufrecht.

GR Alberer schlägt vor, dass angedacht werden könnte, in diesem Zusammenhang Bons beim Gemeindeamt zu erwerben, die dann zusammen den gelben Säcken am Bauhof abgegeben

werden können. Vzbgm Köfer erwidert, dass diese Alternative bereits im Ausschuss besprochen wurde, jedoch dies nicht zur Gewohnheit werden sollte.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung eines Sammelpunktes für die Abgabe von „gelben Säcken“ am Bauhof der Gemeinde für die Pörtschacher Bevölkerung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (4)

Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (15)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport

25. Antrag an den Gemeinderat - Sportlerehrungen 2023

Sachverhalt:

Für das Jahr 2023 langten 12 Meldungen fristgerecht im Gemeindeamt ein. 10 dieser Meldungen erfolgten durch den Vorsitzenden persönlich auf Basis der Berichte von Herrn GR Mikula in der PÖZ. Weitere 2 Meldungen erfolgten durch die jeweiligen Sportler persönlich.

In der 15. SKS-Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt und die 12 Vorschläge, mögliche Geschenke und einen zukünftigen Rahmen in die Fraktionen zur Beratung geschickt.

In der 16. SKS-Sitzung einigt sich der Ausschuss zukünftig zwei unterschiedliche Preise für junge und alte Preisträger zu verleihen. Der Vorsitzende wird bis zu nächster Sitzung einen Vorschlag für einen Rahmen ausarbeiten und vorlegen.

In der 17. SKS-Sitzung einigt sich nun der Ausschuss darauf, dass die Ehrung 2024 erneut in der Volksschul-Aula Mitte November stattfinden soll. Die Öffentlichkeit soll Zugang erhalten und soll das Event in der PÖZ angekündigt werden. Als Geschenk sollen Erwachsene einen Geschenkkorb erhalten und Kinder etwas kindergerechtes. Der Einheitliche Anerkennungsbeitrag soll vom Gemeindevorstand festgelegt werden.

Es sind folgende 9 Personen/Teams zu ehren:

1. **Luca Rauchenwald**, UWWC Pörtschach
4. Platz WM Springen, 2. Platz EM Springen, Staatsmeistertitel Springen
2. **Nico Juritsch**, Wasserski Velden
7. Platz EM Wakeboard, Staatsmeistertitel Wakeboard Boot
3. **Kathi Hafner**, UWWC Pörtschach
3. Platz EM Springen U 17
4. **Sammy Hinteregger**, UWWC Pörtschach
3. Platz Wasserschi Team U 17
5. **Tina Krassnig**, Nationalteam Fußball U 17
herausragende Leistungen, Tor des Jahres
6. **Katharina Ertl**, SG Millstättersee/KTV
1. Platz Kärntner Landesmeisterschaft U9 Einzel

1. Platz Kärntner Landesmeisterschaft U9 Doppel
7. **Nikita Münch**, KAC Floorball
1. Platz Bundesliga
8. **Ingrid Sumper/Andrea Ratzer**
2. Platz Staatsmeisterschaften Indoor Bogenschießen
9. **Robert Orlitsch & Paul Wolbang**, KYC Pörtschach
Sieg bei der Segelregatta Klagenfurt-Velden-Klagenfurt

Den Sonderpreis des Sportausschusses erhalten 2 Personen/Teams:

1. **Fiona Suppan, Johanna Krainz, Rosalie Flaschberger**
Internationale Tanzwettbewerbe
2. **Walter Haselsberger**, Hobbysport
3776 km in 24 Radfahrtagen zurückgelegt

Der Gemeindevorstand hat in der 54. Sitzung festgelegt, dass je Person/Team ein Anerkennungsbetrag in Höhe von € 150,-- verwendet werden soll, bzw. für den Sonderpreis des Sportausschusses € 100,--. Der Anerkennungsbetrag wird in Form eines Geschenkekorbes und Pörtschacher Talern übergeben.

Die Vorsitzende erkundigt sich bei den Mitgliedern des Gemeinderates, ob sich in dieser Angelegenheit jemand der Anwesenden für befangen erklären möchte. Daraufhin erklärt sich GR Mikula für befangen.

Daraufhin stellt GV Pacher den Antrag zur Geschäftsbehandlung, dass GR Mikula als Auskunftsperson zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort erteilt wird.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither,

Die Vorsitzende stellt schließlich noch fest, dass trotz positiver Abstimmung über die Worterteilung an GR Mikula als Auskunftsperson zum vorliegenden Tagesordnungspunkt, er seine Befangenheit nicht konkret geäußert hat.

GR Mikula bekundet als Auskunftsperson seine Freude darüber, dass diese Sportlerehrung auch dieses Jahr wieder stattfindet. Anschließend betont GR Mikula, dass Sport als Leistung zu verstehen ist und diese Leistung messbar ist. Er kritisiert jedoch, dass bei den unterschiedlichen Ehrungen keine Preisabstufungen vorgesehen wurden.

GR Mikula verlässt nach seinen Ausführungen um 21.27 den Raum aufgrund seiner Befangenheit.

Vzbgm Köfer sieht es als notwendig, dass speziell Kinder gefördert und nicht jedes Jahr dieselben Personen geehrt werden. Er stellt aber für dieses Jahr seine Zustimmung in Aussicht.

GV Gappnig möchte bei den unterschiedlichen Sportlern keine Unterschiede machen. Aus seiner Sicht ist es die Wertschätzung das Wichtigste bei der Sportlerehrung und nicht der materielle bzw. finanzielle Wert.

GR Mack schließt sich den Ausführungen von GV Gappnig an.

GR Maier gibt zu bedenken, dass einer der Sportler in der Liste, weder den Wohnsitz in Pörschach hat noch einem Pörschacher Verein zugehörig ist. Zukünftig sollte dies berücksichtigt werden. Schließlich stellt er jedoch seine Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht.

Die Vorsitzende gibt an, dass aktuell die Ehrungen in der Aula durchgeführt werden, bei denen, Sportler für ihre Leistungen in den unterschiedlichen Sportarten geehrt werden.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat ehrt die Sportlerinnen und Sportler laut beiliegender Liste für ihre sportlichen Erfolge im Jahr 2023. Die Ehrung soll im Rahmen einer Sportlerehrung stattfinden. Je Ehrung soll es einen einheitlichen Anerkennungsbeitrag geben.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wieneroither,

Nach durchgeführter Abstimmung nimmt GR Mikula um 21.35 wieder seinen Platz im Gemeinderat ein.

26. Allfälliges

GR Maier weist darauf hin, dass die Hecke am Weg nördlich des Kindergartens zu pflegen wäre, um den Weg erhalten zu können. Dem schließt sich GV Pacher an und regt er auch an, dass über die Wintermonate die Thematik hinsichtlich des Parkens im Pörschach nochmals besprochen werden sollte.

GR Hadl ersucht, die Sitzungsunterlagen platzsparender zur Verfügung zu stellen. Überdies berichtet sie, dass sie bei einer Veranstaltung betreffend Seezugänge in Sekirn teilgenommen hätte und fasst sie das Treffen kurzerhand zusammen.

GR Maier bedankt sich bei der Gemeinde für die Unterstützung beim Oktoberfest.

GR Göbel spricht dem Amt seinen Dank für die Aufbereitung der Sitzungsunterlagen aus.

Anschließend unterbricht die Vorsitzende die Sitzung von 21.45 bis 21.58.

27. Bericht Bürgermeisterin

Termine:

3.10. 14:00 Eröffnung vom Friedensforst

3.10. 19:00 Vernissage Zugängliche Kunst von Luka Sirok

5.10. 18:00 Lange Nacht der Museen (Pörschacher Archiv und Zugängliche Kunst)

7. 10. 11:30 Bootsvorführung (weltweit ersten Luftkissenboot von 1915)

10.11. Ausflug nach Rivignano

18.12 Nächster Gemeinderat

Seit 1. September haben wir einen Lehrling und hat er sich bereits gut im Amt eingelebt.

Wir starten die Gem2go App. Sie wurde von Fr. Bader bereits in den letzten Wochen befüllt und kann ab sofort auch heruntergeladen werden. Herzlichen Dank.

Am Wahltag hatten wir eine gute Wahlbeteiligung mit 78,18 Prozent. Danke an alle Wahlleiter, Stellvertreter, Beisitzer, Ersatzbeisitzer, Wahlzeugen und Vertrauenspersonen sowie Mitarbeiterinnen für die Unterstützung vor während und nach der Wahl.

Die Saison im Promenadenbad wurde erfolgreich abgeschlossen. Wir hatten ein gutes Ergebnis. Herzlichen Dank an Bademeister Harald Derhaschnig mit seinem Team, die dafür gesorgt haben dass sich die Besucher wohlfühlt haben.

Gestern lud der neue Postenkommandant Kontrollinspektor Markus Karlsberger zu „Coffee with Cops“ ein. Viele Bewohner sind dieser Einladung gefolgt und es gab sehr interessante Gespräche.

Danke für die Übermittlung der Statements für die heutige Übergabe der Liste und den Einstimmigen Beschluss im heutigen Gemeinderat. Es freut mich, dass alle Fraktionen geschlossen hinter dieser Aktion stehen und ich möchte mich im Namen des gesamten Gemeinderates recht herzlich dafür bedanken.

Letzte Woche war der Bürgermeister von Bled und Rivignano-Teor zu Besuch. Besonders erfreulich ist das Interesse, dass man hier eine gemeinsame Alpen-Adria-Kooperation aufbauen möchte. Dies soll den Tourismus stärken.

Danke an die Dorfgemeinschaft für die perfekte Organisation vom Oktoberfest.

Bericht über beantwortete Aufsichtsbeschwerden gemäß § 104a Abs. 5 K-AGO

Aufsichtsbeschwerde von GV Pacher vom 09. Juli 2024, 03-KL35-BE-41660/2024 zum Thema „Beschwerde wegen falscher Auskunft in der Fragestunde“ - Erledigung vom 04. September 2024

Nachdem die Vorsitzende die Aufsichtsbeschwerde verlesen hat, stellt GV Pacher einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und verliest er anschließend nochmals den ersten Satz der Stellungnahme.

Bericht über die Gemeindevorstandsbeschlüsse gemäß §8 Abs. 3 der Geschäftsordnung

53. Sitzung des Gemeindevorstandes vom 29.07.2024:

Umlaufbeschluss - KEM Avant2Go eCarsharing Projekt

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stellt die zwei Parkplätze mit E-Ladestation am Parkplatz Johannaweg Nord (1034/36, KG 72152) für das KEM Avant2Go eCarsharing Projekt, für den Zeitraum Juli, August und September 2024, kostenlos zur Verfügung und stimmt der Vereinbarung mit der Avant Car GmbH für den Testzeitraum zu. – einstimmig beschlossen

Änderung Pachtvertrag von landwirtschaftlichen Flächen – XX

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der unbefristeten Verpachtung der landwirtschaftlichen Flächen 248/2, 255/1 und 256/1 (alle KG 72145) ab 2025 an XX zu einem jährlichen wertgesicherten Pachtzins von € 113,-- zu. – einstimmig beschlossen

Pachtvertrag von landwirtschaftlichen Flächen - XX

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der unbefristeten Verpachtung der landwirtschaftlichen Fläche 278, KG 72145 ab 2025 an XX zu einem jährlichen wertgesicherten Pachtzins von € 99,-- zu. – einstimmig beschlossen

Räumlichkeiten Brahmswettbewerb 2024

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt einer kostenlosen Zurverfügungstellung der benötigten Räumlichkeiten für die Johannes Brahms Gesellschaft Poertschach für den Zeitraum 30.08-08.09.2024 zu. – einstimmig beschlossen

BÜM Sommerbetreuung Promenadenbad 2024

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt einer Unterstützung der Sommerbetreuung der GTS für das Jahr 2024 in Form von kostenlosen Tageseintritten in das Promenadenbad in einer Höhe von max. € 718,20 für Kindertagestickets und € 326,40 für Erwachsenentagestickets zu. – einstimmig beschlossen

Duale Zustellung

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Einführung der Dualen Zustellung über die Firma PSC Public Software & Consulting GmbH, zu einmaligen Kosten in Höhe von € 1.324,20 brutto und monatlichen Gebühren von € 48,53 brutto, zu. – einstimmig beschlossen

Erweiterung des GIS4YOU

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Erweiterung des GIS4YOU Systems der Firma GEO-LINE GmbH um die Gewerke in Höhe von einmalig € 3.023,77 netto und monatlich € 167,04 netto zu. – einstimmig beschlossen

Beauftragung Generalplanung Straßensanierung BA 11 Winklenerstraße

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Beauftragung des Ziviltechnikerbüros OK ZT-GmbH für die Sanierung der Winklenerstraße Ost BA 11 zu einem Pauschalbetrag in Höhe von max. € 19.200, -- brutto (STB – Straßenbau) und max. € 27.300, -- netto (WVA – Wasserversorgungsanlage) zu. – einstimmig beschlossen

Machbarkeitsstudie Verkehrsberuhigung Hauptstraße – Sekundärstraße

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Beauftragung der Firma PLANUM Fallast & Partner GmbH durch den TVB für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie „Verkehrsberuhigung Hauptstraße – Sekundärstraße“ in Höhe von max. € 6.700, -- netto zu. – mehrheitlich beschlossen

54. Sitzung des Gemeindevorstandes vom 23.09.2024:

Umlaufbeschluss - Infostand Wahlwerbung

Der Gemeindevorstand legt fest, dass wahlwerbende Parteien für Informationsveranstaltungen, zu einer bevorstehenden Wahl, zu einem Pauschalbetrag von täglich € 50,-- das Grundstück der Gemeinde 921/2, KG 72152 (Marktplatz) nutzen können. Es ist jedoch darauf bedacht zu nehmen, dass nicht zeitgleich andere Veranstaltungen stattfinden. – einstimmig beschlossen

Nutzungsantrag der evangelischen Pfarrgemeinde - barrierefreies WC der VS

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Zurverfügungstellung des barrierefreien WCs in der Volksschule an die Evangelische Pfarrgemeinde A.B. Pörschach/WS zu einer jährlichen Entschädigungspauschale in Höhe von € 1,-- zu. – einstimmig beschlossen

Ansuchen um Lagerflächen für den Breitbandausbau Pörschach

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Zurverfügungstellung von Lagerflächen für den Breitbandausbau in Pörschach für eine monatliche Gebühr in Höhe von € 2,--/m² für Flächen bis einschließlich 200 m² und für Flächen darüber € 1/m², von 01.10. bis 30.04. zu. – mehrheitlich beschlossen

Auftragsvergabe betreffend Wintereisbahn 2024

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Auftragsvergabe zur Errichtung der Wintereisbahn an die Firma E&K Eventservice OG in Höhe von € 5.100, -- brutto zu. – einstimmig beschlossen

Subvention Oktoberfest 2024

Der Gemeindevorstand stimmt einer Subventionierung der Dorfgemeinschaft Pörtschach für das „8. Kulinarik Oktoberfest“ in Höhe von € 3.000, -- an Bauhofleistung zu. – einstimmig beschlossen

Machbarkeitsstudie Verkehrsberuhigung Hauptstraße - Sekundärstraße, Abänderung

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Erstellung einer Machbarkeitsstudie „Verkehrsberuhigung Hauptstraße – Sekundärstraße“ in Höhe von max. € 13.400, -- netto durch die Firma PLANUM Fallast & Partner GmbH unter dem Vorbehalt zu, dass der TVB und/oder das Land mindestens 50 % der Kosten übernimmt. – mehrheitlich beschlossen

Beauftragung Ausschreibung Stromliefervertrag 2025-2027

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand beauftragt die FSM Rechtsanwälte GmbH für die Begleitung eines Vergabeverfahrens zur Lieferung von Strom und die dafür erforderlichen Rechtsberatungsleistungen zu einem Pauschalbetrag von € 6.000, -- brutto. – einstimmig beschlossen

Ankauf Ergo-Schülertische und Schülersessel für Volksschule

Der Gemeindevorstand stimmt der Freigabe von € 1.360, -- brutto zur Anschaffung von ergonomischen Möbeln in der Volksschule für zu große Schülerinnen und Schülern zu. Der Beschluss des GV vom 29.01.2024 zum Ankauf eines Fahrgerüsts wird auf das Jahr 2025 verschoben. – einstimmig beschlossen

Mietmattenservice für die Volksschule

Der Gemeindevorstand wolle beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt dem Mattenservice der Firma Brolli für die Volksschule in Höhe von monatlich € 40,20 Brutto zu. – einstimmig beschlossen

Ankauf einer Multiparametersonde zur Erfassung der Wasserqualität - Brunnen Parkhotel

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stimmt der Beschaffung einer Multiparametersonde zur dauerhaften Überwachung der Wasserqualität der Brunnenanlage Parkhotel in Höhe von € 19.000, -- netto zu. – einstimmig beschlossen

Schätzung des Verkehrswertes des aktuellen Sportplatzes

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand beauftragt Herrn Harald Lederer mit der Erstellung von Befund und Gutachten zur Schätzung des Verkehrswertes des Sportplatzes in Gesamtkosten von max. € 850,-- laut Angebot. – mehrheitlich beschlossen

Kinderarzt-Initiative – Ansuchen an ÖGK

Der Gemeindevorstand möge beschließen:

Der Gemeindevorstand stellt ein Ansuchen um eine kinderärztliche Facharztstelle in der Gemeinde Pörtschach an die Zuständigen der ÖGK. – einstimmig beschlossen

Richtigstellungen über die 22. GR-Sitzung vom 03.07.2024

GR Pacher hat zur Niederschrift über die 22. GR-Sitzung vom 03.07.2024 nachfolgende Richtigstellungsbegehren eingebracht:

Protokoll	Richtigstellungsbegehren
Seite 3, Fragestunde, Pacher 25.06.: Zusatzfrage Göbel: Wer Personen sind diesem 4-Augen-Prinzip beteiligt?	Seite 3, Fragestunde, Pacher 25.06.: Zusatzfrage Göbel: Wer Personen sind an diesem 4-6-Augen-Prinzip beteiligt?

	<p>Im Zuge der Sitzung korrigiert GV Pacher seine Richtigstellung wie folgt und wird anschließend auch die korrigierte Version zur Abstimmung gebracht:</p> <p>Zusatzfrage Göbel: Welche Personen sind an diesem 4-6-Augen-Prinzip beteiligt?</p>
<p>Beschluss: mehrheitlich beschlossen. Abstimmungsergebnis: Dafür-Stimmen (16) Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither, Dagegen-Stimme (n) (3) Birgit Alberer, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Alexander Maier,</p>	

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und ersucht darum betreffend seines zweiten Richtigstellungsbegehrens das Tonband heranzuziehen und die besagte Passage nochmals abzuspielen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimme (n) (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl,

Protokoll	Richtigstellungsbegehren
Seite 3, Fragestunde, Pacher 25.06.:	Seite 3, Fragestunde, Pacher 25.06.:
Antwort (Zusatzfrage Pacher): Dieses System wurde unter der alten Amtsleitung entwickelt und fortgesetzt.	Antwort (Zusatzfrage Pacher): Dieses System wurde unter der alten Amtsleitung entwickelt und fortgesetzt. Die Liste wurde unter der ehemaligen Amtsleitung nicht mehr weitergeführt. Ich habe gesehen, dass das Punktesystem in anderen Gemeinden gut funktioniert. Wer das genau entwickelt hat, kann ich Ihnen nicht sagen.
<p>Beschluss: mehrheitlich abgelehnt. Abstimmungsergebnis: Dafür-Stimmen (6) Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Dagegen-Stimme (n) (13) Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither,</p>	

GR Hadl ersucht, den Bericht unter dem Tagesordnungspunkt 4 „Bericht aus der Sitzung des Kontrollausschusses vom 05.06.2024“ durch nachfolgenden Text gänzlich zu ersetzen:

„Die Obfrau berichtet wie folgt.

Der Hauptpunkt war die Prüfung der Volksschulrenovierung (Bildungscampus) – ein Prüfungsgegenstand, den der Ausschuss bereits mehrere Jahre bearbeitet. Diesmal ist es

erstmalig gelungen den mit der Planung betrauten Herrn Kopeinig als Auskunftsperson in den Ausschuss zu bekommen.

Punkte zu denen er befragt wurde waren u.a. Ablauf der Vergabe, ausführende Firmen, Krabbelstube, und warum nur ein Planer ein Angebot legte, obwohl drei angeschrieben wurden. Ausserdem forderten und bekam der Ausschuss einen Überblick über die Abwicklung. Jedenfalls handelt es sich um ein Megaprojekt, es konnte also nur stichprobenhaft nachfragen bzw. Nachgeprüft werden. Der Ausschuss ging davon aus, dass rechnerisch und buchungstechnisch von anderen Seiten (Förderstellen von Land und Bund) genau geprüft wird und konzentrierte sich auf Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit.

Mehrkosten bei Einzelgewerken konnten grossteils durch Minderkosten anderweitig (Bauhofleistungen etc.) eingespart werden.

Die Kostendeckung liegt bei 85% durch Förderungen. Eine Endabrechnung ist 2026 zu erwarten. Zum Zeitpunkt der Sitzung waren noch rund € 20.000,--/ € 30.000,-- an Zahlungen seitens der Gemeinde offen.

Die Bürgermeisterin hatte immer wieder von einer Kostenerhöhung von 6,6% gesprochen, tatsächlich liegt die inflationsbereinigte Steigerung bei ca. 13%.

Die Reklamationen im September waren effektiv, Direktorinnen sagten alle Mängel seien behoben. Es gibt auch eine besicherte Gewährleistung, sollten noch weitere Mängel auftreten.

Auf die Frage, warum und wann die Krabbelstube, die ja laut Gemeinderatsbeschluss und Ausschreibung im Hause geplant werden sollte aus der Planung und Ausführung verschwand gab Herr Kopeinig keine schlüssige Antwort.

Als positiv strich Hr. Kopeinig heraus dass durch die Renovierung konnten Energiekosten massiv gesenkt werden, er belegte dies mit Daten vom letzten Winter. Damit habe unsere Gemeinde bis in die 2030iger Jahres unsere Mindestverpflichtungen erfüllt, erklärte er.

Hauptfrage zur Vergabe: Es war Direktvergabe mit Ankündigung. Für Planung und Koordination gab es nur einen Bieter, Hr. Kopeinig. Die Vergabe war rechtlich zwar streng gesehen in Ordnung. Allerdings gab es mehrere problematische Punkte. Erstens war Hr. Kopeinig in Vorleistung mit Vorplanungen und Erhebungen gegangen, und wurde auch mit der Ausschreibung betraut. Wenn er schlussendlich den Auftrag nicht bekommen hätte, hätte er all dies der Gemeinde in Rechnung stellen müssen. Es wurde scheinbar ein mündlicher Vertrag abgeschlossen, was ein Problem in Sachen Kompetenz sein könnte- ein rechtlicher Graubereich. Zweitens liegt der Schwellenwert für Direktvergabe laut EU Recht bei 30.000 Euro, doch hier ging es um mehr als 4 Mio. Es wurde mit Verordnung Ministerium und durch Aufteilen in Teilaufträge unterschritten. Ist sicher nicht im Sinne des Gesetzgebers und nicht unbedingt das Beste für die Gemeinde.

Betreffend ausführende Firmen gab es drei Bereiche die separat vergeben wurden und von diesen wurden anschließend die einzelnen Gewerke weitervergeben. Dies wurde auch sehr detailliert dokumentiert und war gut nachvollziehbar. Auffällig war, dass es für Gewerke oft sehr viele und gute Angebote gab, aber für den Hauptteil nur Herrn Kopeinig selbst, obwohl mehrere Planer angeschrieben wurden. Die Frage, warum das so war, blieb bis zum Schluss offen. Mögliche Gründe sind dass es nicht viele Firmen für so grosse Projekte gibt, und dass der Umstand, dass einer der wahrscheinlichen Bieter selbst das Ausschreibungsmanagement durchführte für andere Bieter wenig attraktiv war.

Bei Vorliegen der Endabrechnung gibt es eine neuerliche Prüfung durch den Kontrollausschuss.

Empfehlungen für die Zukunft:

- Als Bauherr muss man auch auf der Baustelle sein.

- Auch bei Direktvergabe sollten vorab mehrere Firmen ansprechen und einbinden. Jedenfalls auch eine "second opinion" (Zweitmeinung) einholen!

- Vorsicht bei mündlichen Verträgen und informeller Einbindung im Vorlauf.
- Ausschreibung/Vergabeverfahren sollte eine Firma von außerhalb führen, die sich dann nicht bewerben kann.
- Dringend sollte man jetzt mit der Vorausplanung beginnen für die Krabbelstube ab Ende der temporären Lösung!“

GR Hadl gibt an, dass sie in Zukunft dem Amt ihren Bericht zukommen lassen werde und entschuldigt sie sich für ihre bisherige Vorgehensweise.

GR Göbel würde vorschlagen, dass GR Hadl seine damalige Vorgehensweise weiterführen solle.

GR Hadl führt ergänzend aus, dass im aktuellen Bericht die Empfehlungen des Ausschusses nicht genannt wurden und sie deshalb eine Richtigstellung hierzu eingebracht hätte.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (4)

Gabriele Hadl, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (15)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither,

28. Anfragen und Anträge

Zuletzt bringt die Vorsitzende die eingebrachten Anträge der Fraktionen zur Kenntnis:

Fristsetzungsantrag der FPÖ zu „Verkehrsberuhigung 10.-Oktober-Straße“ vom 03.Juli 2023 (Anlage 5)

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Fristsetzungsantrag der FPÖ zu „GO-MOBIL in Pörschach“ vom 20. September 2023 (Anlage 6)

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 02.10.2024 – Verkehrsberuhigung Sallacher Straße

Dieser Antrag wird dem RBL zugewiesen. (Anlage 7)

Dringlichkeitsantrag der FPÖ vom 02.10.2024 - Fahrverbot Windischberg/Sekull – Erweiterung der Ausnahmen

GV Pacher erläutert, dass dieses Fahrverbot bereits seit sechs Monaten für den Durchzugsverkehr besteht. Eine Petition hierzu wurde nach über sechs Monaten beantwortet. In der Gemeinde Techelsberg ist diese fundierter behandelt worden und sind die notwendigen weiteren Schritte bekannt. Es sollten von diesem Fahrverbot sowohl die Techelsberger als auch die Pörschacher Bevölkerung ausgenommen werden.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass sie bereits Gespräche geführt hätte, um eruieren zu können, ob auch die Gemeindeglieder von Techelsberg von dem Fahrverbot ausgenommen werden könnten, jedoch ist die zuständige Mitarbeiterin aufgrund eines Krankenstandes nicht verfügbar.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Dieser Antrag wird dem RBL zugewiesen. (Anlage 8)

Dringlichkeitsantrag der FPÖ vom 02.10.2024 - Fahrverbot Windischberg/Sekull – Neue Ausweichen

GV Pacher gibt an, dass es sich bei diesem Antrag um die Findung einer langfristigen Lösung und zwar in der Form der Errichtung von Ausweichen mit ausreichend Sicht handle. Die derzeitigen Ausweichen befinden sich auf Privatgrund und sollten hier eventuell Gespräche angedacht werden, da die Betroffenen eventuell die Gründe abtreten würden. Es sollten dazu Verhandlungen geführt werden.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Dieser Antrag wird dem RBL zugewiesen. (Anlage 9)

Dringlichkeitsantrag der FPÖ vom 02.10.2024 – Lärmschutz Unterflurtrasse „Kleine Gloriette“

GV Pacher bringt vor, dass aktuell die Unterflurtrasse generalsaniert wird und ist dies mit einer enormen Lärmbelastung behaftet. Mit diesem Antrag wird darauf abgezielt, dass die Vorsitzende sich mit diesem Anliegen an das Land wendet.

GR Göbel erkundigt sich, seit wann die Unterflurtrasse saniert wird und wem dies bekannt ist. Die Vorsitzende kann ad hoc nicht angeben, seit wann die Generalsanierung vorgenommen wird.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (7)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Dieser Antrag wird dem GV zugewiesen. (Anlage 10)

Dringlichkeitsantrag FPÖ vom 02.10.2024 – Örtliches Naturdenkmal; Buberlemoos

GV Pacher beschreibt, dass dies der Empfehlung des Landes entspricht. Er gibt überdies an, dass das Gebiet erholt werden kann, wenn es unberührt verbleibt, aber ist hier die Ernennung zu einem örtlichen Naturdenkmal erforderlich.

Vzbgm Köfer empfindet es als fatal eine derartige Thematik in Form eines Dringlichkeitsantrages zu besprechen, da die Folgen eines solchen örtlichen Naturdenkmales vielen nicht bewusst sind.

GR Hadl stellt ihre Zustimmung zu dieser Dringlichkeit in Aussicht, da der Bescheid der zuständigen Behörde baldigst ausgestellt werde.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Dagegen-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither

Dieser Antrag wird dem RBL zugewiesen. (Anlage 11)

Anfrage an die Bürgermeisterin vom 02.10.2024 – Personalisierte E-Mail-Adressen mit der Endung „@ktn.gde.at“ (Anlage 12)

Schriftliche Anfrage zu nicht beantworteten Fragen der Fragestunde vom 02.10.2024 (Anlage 13)

Ende der Sitzung: 22:37 Uhr.

Der unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelte Teil wird in einer gesonderten Niederschrift protokolliert.

Gelesen und unterfertigt: